



Studienabschlussarbeiten

Faculty of Social Sciences

Unspecified

Illig, Julian:

Rechtsextremismus in der politischen Öffentlichkeit
Zum Umgang einer deliberativen Demokratie mit
rechtsextremen Medienstrategien

Bachelor, Summer Semester 2024

Gutachter*in: Schwaabe, Christian

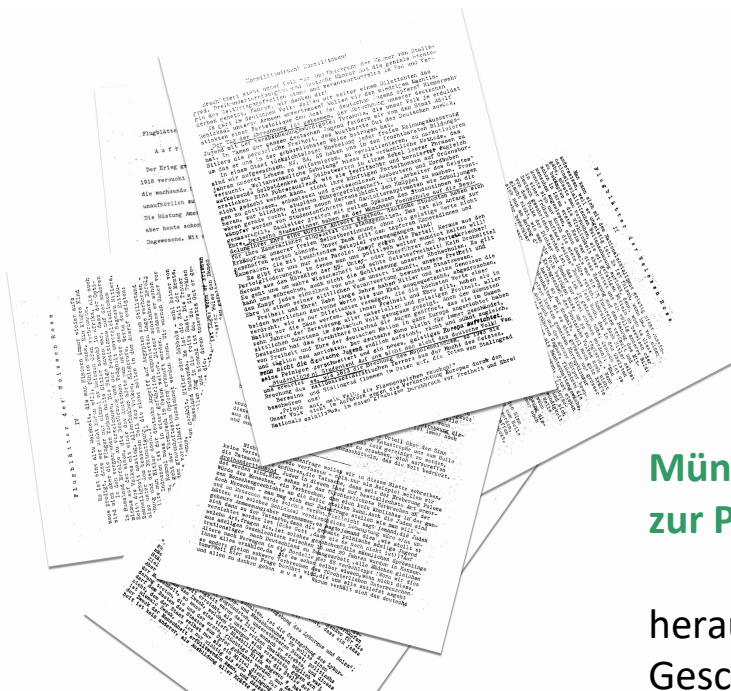
Faculty of Social Sciences

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft

Politikwissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.121703>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2024

Julian Illig

**Rechtsextremismus in der
politischen Öffentlichkeit.
Zum Umgang einer deliberativen
Demokratie mit rechtsextremen
Medienstrategien**

Bachelorarbeit bei
PD Dr. Christian Schwaabe
2024

Gliederung

1. Einleitung	1
2. Politische Öffentlichkeit und ihr Strukturwandel	4
a. Politische Öffentlichkeit als Raum	4
b. Politische Öffentlichkeit als normativer Begriff	5
c. Verhältnis von politischer Öffentlichkeit zu institutionalisierter Beschlussfindung	7
d. Wesentlicher, aber begrenzter Beitrag von politischer Öffentlichkeit	8
e. Strukturwandel der Öffentlichkeit	9
3. Rechtsextreme Medienstrategien	12
a. Akteure	12
b. Ziele	16
c. Earned Media	18
d. Owned Media	21
4. Rechtsextreme Medienstrategien in einer defizitären politischen Öffentlichkeit	24
a. Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen rechtsextremen Medienstrategien und massenmedialer Aufmerksamkeitslogik	24
b. Legitimationsproblem durch rechtsextreme Medienstrategien	27
5. Umgang mit rechtsextremen Medienstrategien	29
a. Behebung der Defizite der politischen Öffentlichkeit	29
b. Eine „wehrhafte“ deliberative Demokratie?	31
i. Transparenz	32
ii. Wenn Argumente keine Rolle mehr spielen	34
c. Emotionen und eine resonante Öffentlichkeit	37
6. Fazit	38
7. Literaturverzeichnis	40

Rechtsextremismus in der politischen Öffentlichkeit

Zum Umgang einer deliberativen Demokratie mit
rechtsextremen Medienstrategien

1. Einleitung

Angesichts der gesellschaftlichen Normalisierung von rechtsextremem Gedankengut und seiner Präsenz in der politischen Öffentlichkeit – nicht nur, aber insbesondere durch die Popularität der AfD – ist die Debatte um den richtigen medialen und diskursiven Umgang mit Rechtsextremist*innen so virulent wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Befeuert wurde die Diskussion aktuell zusätzlich durch die Correctiv-Recherche, die den rechten Planspielen zu einer „Remigration“ von deutschen Staatsbürgern mit migrantischen Wurzeln zu breiter medialer wie gesellschaftlicher Aufmerksamkeit verhalf (Bornmann, 2024). Während der öffentliche Umgang mit Rechtsextremist*innen zuvor eher ein medienjournalistisches Nischenthema darstellte, entwickelte sich nun eine breitere gesellschaftliche Debatte, beispielsweise auch zur Frage nach einem AfD-Parteiverbot. Hiervon zeugen zahlreiche Diskussionsbeiträge.¹

Diese lassen im Wesentlichen zwei Seiten erkennen²: Kurz umschrieben besagt die eine Position, in einer Demokratie müsse man auch mit Extremen sprechen und das gerade dann, wenn diese Extreme so viele Wählerstimmen auf sich vereinigen könne wie aktuell. Die andere Position hält diese Gespräche für sinnlos oder gefährlich: Mit Rechtsextremist*innen, die die Demokratie bewusst unterwandern wollen, dürfe man auf keinen Fall sprechen, geschweige denn ihnen eine Bühne geben.³ Während die eine Position reichlich naiv meint, die Rechtsextremist*innen oder zumindest ihre

¹ Als kleiner Debattenausschnitt beispielsweise: Minkmar (2024), Neue Deutsche Medienmacher*innen (2024), Nida-Rümelin (2024), Rabe (2024), Rücker (2024), Sowa (2024).

² Ähnlich beispielsweise Flügel (2022b, S. 76).

³ Dazu etwa Kister (2024).

Wähler*innen in Debatten überzeugen zu können, kommt die andere Seite einer diskursiven Kapitulation gleich. Implizit beruhen sicherlich beide Positionen auf demokratietheoretischen Vorstellungen, explizit gemacht werden diese aber äußerst selten. Genauso wenig scheint die Debatte von den konkreten Strategien der Rechtsextremist*innen in der politischen Öffentlichkeit informiert zu sein. Zusammengenommen ergibt sich aus beiden Lücken ein Defizit, das einen effektiven genauso wie einen demokratisch legitimen Umgang mit rechtsextremen Medienstrategien mindestens erschwert.

Die vorliegende Arbeit möchte diese Lücken füllen und daraus eine informierte Position bestimmen. Die Fragestellung lautet damit: Wie kann eine deliberative Demokratie mit rechtsextremen Strategien in der politischen Öffentlichkeit umgehen? Dafür wird Jürgen Habermas' Konzeption einer politischen Öffentlichkeit zur Grundlage genommen.⁴

Habermas knüpft seine breit rezipierte Konzeption an den Realitäten der Bundesrepublik an und stellt die politische Öffentlichkeit ins Zentrum seiner deliberativen Demokratietheorie. Auf diese Weise bietet Habermas einige Anknüpfungspunkte für die öffentliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremist*innen. Nach Habermas ist die politische Öffentlichkeit der zentrale Ort zur konflikthaften Aushandlung von politisch-gesellschaftlichen Fragestellungen (Habermas, 2020, S. 15). Öffentlichkeit lässt sich dabei „am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten“ (Habermas, 1998a, S. 436, vgl. Donges & Jarren, 2017, S. 76).

Rechtsextremist*innen nutzen dieses Kommunikationsnetzwerk gezielt für ihre Zwecke. Was unter Rechtsextremismus zu verstehen ist, ist sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftlich-politisch umstritten.⁵ Eine Vielzahl von Begriffen – neben Rechtsextremismus werden auch Bezeichnungen wie extreme Rechte, Rechtsradikalismus, Faschismus, Neue Rechte, Rechtspopulismus und einige weitere verwendet – bezieht sich dabei auf ähnliche empirische Phänomene (Braun, Geisler & Gerster, 2016, S. 12).

Allen rechten Positionierungen gemeinsam ist die Vorstellung, dass Menschen ungleich sind. Radikal rechte Positionen unterscheiden sich davon zusätzlich durch die Idee einer fundamentalen Ungleichwertigkeit von Menschen (Braun et al., 2016,

⁴ Zur Beschreibung dieses Konzepts in Kapitel 2. wird auf eine eigene Hausarbeit aus dem WS 2023/24 im Seminar „Forschungsdesign Politische Theorie“ bei PD Dr. Christian Schwaabe zurückgegriffen.

⁵ So ist beispielsweise offen, ob die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung konstitutiv für einen Extremismusbegriff sein sollte, vgl. Braun, Geisler und Gerster (2016, S. 14).

S. 21). Dieser Arbeit zugrunde gelegt ist die weitverbreitete Definition von Jaschke (2001), der unter Rechtsextremismus

„die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht“ versteht, *„die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“* Rechtsextremismus wird weiter bestimmt durch *„Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen“* (Jaschke, 2001, S. 30)⁶

Auf Basis der Rekonstruktion des Konzepts politischer Öffentlichkeit sowie einer Darstellung der insbesondere durch Ökonomisierung und Digitalisierung bestehenden Defizite dieser Öffentlichkeit (2.), soll anschließend skizziert werden, wie Rechtsextreme diese Öffentlichkeit strategisch nutzen (3.). Zunächst werden dabei Akteure (3.a.) und Ziele (3.b.) rechtsextremer Medienstrategien beschrieben. Die Medienstrategien sind mit den oben skizzierten Vorstellungen von Ungleichheit untrennbar verknüpft. Unterschieden wird in der vorliegenden Arbeit zwischen einer Strategie zur Maximierung von Aufmerksamkeit in anderen Medien durch Provokationen, die anhand der einschlägigen Veröffentlichungen von Götz Kubitschek und Martin Sellner erläutert wird (3. c.), und einer Strategie mit dem Ziel der Schaffung einer rechtsextremen Gegenöffentlichkeit (3. d.). Beiden Strategien ist die rechtsextreme Ablehnung einer demokratischen Öffentlichkeit immanent.

Im Anschluss daran soll schließlich erörtert werden, inwieweit der rechtsextreme Medienerfolg nur auf Basis einer defizitären politischen Öffentlichkeit möglich ist und welche Implikationen die Medienstrategien aus demokratietheoretischer Sicht für die Legitimation von politischen Entscheidungen haben (4.). Schließlich soll diskutiert werden, ob und auf welche Weise eine deliberative Demokratietheorie mit diesen Medienstrategien umgehen kann und sollte (5.). So sollte zunächst versucht werden, die Wirkmacht rechtsextremer Medienstrategien durch die Behebung der Defizite politischer Öffentlichkeit einzugrenzen (5.a.). Weiter werden unter Beibehaltung eines deliberativen Modells von Demokratie Maßnahmen diskutiert, die

⁶ Für etwas mehr sprachliche Variation wird im Folgenden die Bezeichnung „extreme Rechte“ synonym mit „die Rechtsextremen“ verwendet, auch wenn die Bezeichnungen teilweise voneinander unterschieden werden, vgl. Braun et al. (2016, 21f.).

versprechen, den rechtsextremen Medienstrategien wirksam entgegen zu können (5.b.). Dabei schlage ich vor, Rechtsextreme immer dann von der politischen Öffentlichkeit auszuschließen, wenn sie durch ihre Medienstrategien die ihnen zugestandene kommunikative Freiheit anderen verwehren. Anschließend wird kurz angerissen, inwieweit Emotionen Eingang in diskursive Aushandlungsprozesse finden sollten (5.c.).

2. Politische Öffentlichkeit und ihr Strukturwandel

Habermas hat seine Demokratietheorie über mehrere Jahrzehnte hinweg entwickelt. Während er im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1960) seine Konzeption von politischer Öffentlichkeit anhand des historischen Entstehens von Öffentlichkeit herleitet, so stellt er diese in *Faktizität und Geltung* (1992) auf die stabileren Füße seiner Theorie des kommunikativen Handelns (vgl. Dahlberg, 2014, S. 23). Die Rekonstruktion seiner Konzeption gründet sich deshalb im Folgenden insbesondere auf das zweite Werk (a. – d.). Darauf folgend steht dagegen der Begriff des Strukturwandels im Vordergrund (e.), den Habermas zuletzt in seinen *Hypothesen und Überlegungen zu einem erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit* (2021) wieder aufgriff.

a. Politische Öffentlichkeit als Raum

Habermas skizziert politische Öffentlichkeit zunächst als durch Kommunikation erzeugten sozialen Raum. Dieser Raum ist „nach außen hin durch offene, durchlässige und verschiebbare Horizonte gekennzeichnet“ (Habermas, 1998a, S. 436). Wie oben angedeutet ist dieser Raum als Netzwerkstruktur vorstellbar. Eine solche Öffentlichkeit wird im Kern durch einfache Sprechsituationen generiert, und zwar immer dann, wenn Gesprächspartner sich gegenseitig kommunikative Freiheit zugestehen (Habermas, 1998a, 436f.). Verallgemeinert kann so eine pluralistische Öffentlichkeit entstehen (Habermas, 1998a, S. 373), in der die Sprechsituation nur mehr abstrahiert vorhanden ist (Habermas, 1998a, S. 437). Gegenwärtig ist diese pluralistische Öffentlichkeit zumeist medienvermittelt. In der politischen Öffentlichkeit entsteht also ein „mehr oder weniger *informierte[r] Meinungspluralismus*“ (Habermas, 2021, S. 477)

Auf demokratietheoretischer Ebene ist die politische Öffentlichkeit Ausdruck der Volkssouveränität. Dazu Habermas:

„Eine subjektlos und anonym gewordene, intersubjektivistisch aufgelöste Volkssouveränität zieht sich in die demokratischen Verfahren und in die

anspruchsvollen kommunikativen Voraussetzungen ihrer Implementierung zurück. Sie sublimiert sich zu jenen schwer greifbaren Interaktionen zwischen einer rechtsstaatlich institutionalisierten Willensbildung und kulturell mobilisierten Öffentlichkeiten. Die kommunikativ verflüssigte Souveränität bringt sich in der Macht öffentlicher Diskurse zur Geltung, die autonomen Öffentlichkeiten entspringt, aber in den Beschlüssen demokratisch verfasster Institutionen der Meinungs- und Willensbildung Gestalt annehmen muss, weil die Verantwortung für praktisch folgenreiche Beschlüsse eine klare institutionelle Zurechnung verlangt.“(Habermas, 1998b, S. 626)

Eine deliberative Demokratie bedeutet also keinesfalls, alle bestehenden demokratischen Institutionen, etwa das Parlament, abzuschaffen. Aber zweifelsohne kommt dem öffentlichen Diskurs eine größere Bedeutung zu als in den liberalen Demokratietheorien. Um seiner Bedeutung gerecht zu werden, wird die als Raum verstandene politische Öffentlichkeit getragen von einer starken Zivilgesellschaft, also den Bürgern selbst (Habermas, 1998a, 443ff.). Die politische Öffentlichkeit ist also gewissermaßen eingespannt zwischen politischen Institutionen einerseits und der Zivilgesellschaft andererseits (Seeliger & Sevignani, 2021, S. 9). Die losen Assoziationen der Zivilgesellschaft, das heißt Interessenverbände, Vereine, Organisationen oder soziale Bewegungen, binden die politische Öffentlichkeit an die Lebenswelt der Bürger. Diese Rückkoppelung an die Privatsphäre ist Habermas besonders wichtig: „Denn die Öffentlichkeit bezieht ihre Impulse aus der privaten Verarbeitung lebensgeschichtlich resonierender gesellschaftlicher Problemlagen.“ (Habermas, 1998a, 442f.)

Politische Problemlagen und Entscheidungen werden also zunächst im privaten Lebensbereich bilanziert. Die Zivilgesellschaft sorgt nun dafür, dass sich diese privaten Eindrücke treffen – auch im Wortsinn – und zu einer öffentlichen Meinung verdichten: „Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter Öffentlichkeiten institutionalisiert.“ (Habermas, 1998a, S. 443–444)

b. Politische Öffentlichkeit als normativer Begriff

Politische Öffentlichkeit ist bei Habermas ein dezidiert normativer Begriff (Habermas, 1998b, S. 625). Er soll Anspruch und Folie für real existierende Öffentlichkeiten sein (vgl. Peters, 2001, S. 655). Auf diese Weise findet Habermas Anschluss an die Kritische Theorie und kann bei ungenügender Erfüllung des Anspruchs eine „Deformation der Wahrnehmung der politischen Öffentlichkeit“ konstatieren (Habermas, 2021, S. 497; Honneth, 2020, S. 32). Anspruch der politischen Öffentlichkeit ist Rationalität, also öffentliche Meinungen, die die

Vermutung der Vernunft für sich beanspruchen können (Wingert & Günther, 2001, 7f.).

Ein gelungener Meinungsbildungsprozess wird dabei nicht am Ergebnis bemessen, sondern rein prozedural an einem ‚vernünftigen‘ Geben und Nehmen von Gründen im Argumentationsprozess (Habermas, 1998a, 438f.). Wegen dieses Umstands wird eine deliberative Demokratie auch als „Herrschaft der Gründe“ bezeichnet (Forst, 2022, S. 225):

„Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung funktionieren als wichtigste Schleuse für die diskursive Rationalisierung der Entscheidungen einer an Recht und Gesetz gebundenen Regierung und Verwaltung. Rationalisierung bedeutet mehr als bloße Legitimation, aber weniger als Konstituierung der Macht. Die administrativ verfügbare Macht verändert ihren Aggregatzustand, solange sie mit einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung rückgekoppelt bleibt, welche die Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern mehr oder weniger auch programmiert.“
(Habermas, 1998a, S. 364)

Das Gelingen dieser „Herrschaft der Gründe“ ist also voraussetzungsreich. Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann eine politische Öffentlichkeit kommunikative Macht generieren und ihre Rolle in einer Demokratie erfüllen. Zentral dabei sind offene Kommunikationsbedingungen (Habermas, 1998a, 436f., vgl. Brunkhorst, Kreide & Lafont, 2011, S. 260). Habermas schließt sich weiterhin Robert Dahl an, der meint, für das Gelingen benötige es „eine Situation von der Art, dass alle Beteiligten im Lichte hinreichender Informationen und guter Gründe ein artikuliertes Verständnis der regelungsbedürftigen Materien und der strittigen Interessen ausbilden können“ (Habermas, 1998a, S. 383). Daran knüpft schließlich Habermas‘ berühmte Formel der „*Inklusion aller* von möglichen Entscheidungen *Betroffenen*“ (Habermas, 1998b, S. 441, 2021, S. 476) an.

Auch ein gewisses Maß an Gleichheit ist für das Gelingen politischer Öffentlichkeit von Bedeutung. Nur mittels einer nicht-vermachteten Öffentlichkeit könne sich „das Potential eines freigesetzten kulturellen Pluralismus voll entfalten“ (Habermas, 1998a, S. 374, 1998b, S. 628). Weitere Voraussetzung ist eine entgegenkommende, nämlich freiheitliche politische Kultur (Habermas, 1998a, S. 449, 1998b, S. 628).

Aus normativer Sicht ließe sich sagen: Je eher diese Voraussetzungen erfüllt werden, desto eher handelt es sich bei einer so zustande gekommenen öffentlichen Meinung um eine legitime Position. Erst wenn also die politische Öffentlichkeit im Gesamten auf diese Weise strukturiert ist, kann sie eine legitime Stütze für das politische System sein (vgl. Habermas, 1998a, S. 439). Ziel ist entgegen einem häufigen

Missverständnis nicht das Herstellen einer Konsensmeinung, sondern das Hervorbringen von konkurrierenden öffentlichen Meinungen (Habermas, 2020, S. 14f.).

c. Verhältnis von politischer Öffentlichkeit zu institutionalisierter Beschlussfindung

Angelehnt an das Schleusenmodell von Bernhard Peters unterscheidet Habermas zwei deliberative Sphären (Habermas, 1998a, 431ff.). Auf der einen Seite, im Zentrum, stehen die institutionalisierten, beschlussfassenden Deliberationen eines Parlaments, auf der anderen Seite die Meinungs- und Willensbildung der politischen Öffentlichkeit als Peripherie (Brunkhorst et al., 2011, S. 302). Die politische Öffentlichkeit selbst trifft also keine Entscheidungen. Diese sind an ein politisches Zentrum ausgelagert (Habermas, 1998a, 437f.). Beide sollen aber eng miteinander verschränkt sein. Das kann über politische Parteien, die in der Zivilgesellschaft verankert sind, oder über die Wahlberechtigung geschehen (vgl. Habermas, 1998a, S. 445). Das Zentrum kann dabei nur dann legitime Entscheidungen treffen, wenn es für die Einflüsse und Meinungen der Peripherie sensibel bleibt. Beide Sphären sind aufeinander angewiesen, und zwar bewusst nicht nur aufgrund demokratischer Wahlen als Vermittler:

„Wegen ihrer anarchischen Struktur ist die allgemeine Öffentlichkeit einerseits den Repressions- und Ausschließungseffekten von ungleich verteilter sozialer Macht, struktureller Gewalt und systematisch verzerrter Kommunikation schutzloser ausgesetzt als die organisierten Öffentlichkeiten des parlamentarischen Komplexes. Andererseits hat sie den Vorzug eines Mediums uneingeschränkter Kommunikation, in dem neue Problemlagen sensitiver wahrgenommen, Selbstverständigungsdiskurse breiter und expressiver geführt, kollektive Identitäten und Bedürfnisinterpretationen ungezwungener artikuliert werden können als in den verfahrensregulierten Öffentlichkeiten. Die demokratisch verfasste Meinungs- und Willensbildung ist auf die Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen angewiesen, die sich idealerweise in Strukturen einer nicht-vermachteten politischen Öffentlichkeit bilden.“
(Habermas, 1998a, S. 374)

Auch aus demokratiethoretischer Perspektive ist das relevant. Wenn die politische Öffentlichkeit Ausdruck der Volkssouveränität ist, dann müssen sich dort entstandene öffentliche Meinungen auch auf den demokratischen Prozess selbst auswirken können. Kommunikative Macht muss also in administrative Macht umsetzbar sein (Habermas, 1998a, 449f.). Das gelingt nur, wenn die politische Öffentlichkeit so rational gestaltet ist, dass die Gründe, die für eine öffentliche

Meinung gegeben werden, in die politischen Beratungen eines Parlaments miteinbezogen werden müssen. Oder wie Habermas formuliert:

„Kommunikative Macht wird ausgeübt im Modus der Belagerung. Sie wirkt auf die Prämissen der Urteils- und Entscheidungsprozesse des politischen Systems ohne Eroberungsabsicht ein, um in der einzigen Sprache, die die belagerte Festung versteht, ihre Imperative zur Geltung zu bringen: sie bewirtschaftet den Pool von Gründen, mit denen die administrative Macht zwar instrumentell umgehen kann, ohne sie aber, rechtsförmig verfasst wie sie ist, ignorieren zu können.“ (Habermas, 1998b, S. 626)

Die staatlichen Organe müssen also in Konfliktfällen durchlässig bleiben für Argumente der politischen Öffentlichkeit (vgl. Habermas, 1998b, S. 626). Die Problematisierung in der öffentlichen Auseinandersetzung dient dann als Signal für das politische Zentrum, die in der Peripherie kursierenden Argumentationen miteinzubeziehen. Gelingt das nicht, droht eine Verselbständigung der politischen Institutionen und der administrativen Macht (Habermas, 1998a, S. 432ff.).

d. Wesentlicher, aber begrenzter Beitrag von politischer Öffentlichkeit

Eine auf diese Weise konkretisierte politische Öffentlichkeit ist bei Habermas integraler Bestandteil seiner deliberativen Demokratietheorie. Es ist ein *„wesentliche[r], aber begrenzte[r] Beitrag, den die politische Kommunikation in der Öffentlichkeit zum Ganzen des demokratischen Prozesses leisten kann“* (Habermas, 2021, S. 476, Hervorh. im Original). Wesentlich, da nur mittels politischer Öffentlichkeit Problemlagen aufgedeckt und vermittelt werden können. Begrenzt, da die politische Öffentlichkeit diese Problemlagen selbst nicht lösen kann, sondern auf Entscheidungsorgane angewiesen ist (Habermas, 1998a, S. 435).

Habermas rückt gegenüber republikanischen Demokratietheorien einerseits und liberalen Demokratietheorien andererseits den Diskurs in Verbindung mit rechtsstaatlichen Regeln ins Zentrum. Institutionalisiert wird hier nicht eine wie auch immer gestaltete Gewaltenteilung wie bei liberalen Theorien, die die Ausübung von Herrschaft ausschließlich auf der Basis von Wahlen legitimieren soll. In einem solchen liberalen Modell liegt der Fokus auf dem Output – Ziel ist eine vor allem von Expertise geleitete Mehrheitsmeinung (Jarren & Fischer, 2021, S. 366). Gleichzeitig schließt sich Habermas aber auch nicht der republikanischen Idee an, dass die Gesellschaft selbst auf Basis von kulturellen Gemeinsamkeiten Entscheidungen quasi selbstverwaltend vornimmt (Forst, 2022, S. 247). In der Diskurstheorie soll ein institutionalisierter Rechtsstaat wie im Liberalismus verbunden werden mit einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess ähnlich wie im Republikanismus (Habermas, 1998a, 359ff.). Der Fokus liegt hier auf dem Throughput, also dem gelingenden Meinungsbildungsprozess selbst (Jarren & Fischer, 2021, S. 366f.). Damit ist die

Demokratie insgesamt die „Form, die die Praxis der Rechtfertigung in politischen Kontexten der Ordnung des sozialen Zusammenlebens annehmen muss.“ (Forst, 2022, 268f.)

Auf diese Weise kann Habermas der Kritischen Theorie trotz des unübersehbaren Einflusses von liberalen Werten auf seine Demokratietheorie (vgl. Habermas, 1998a, 151ff.) dennoch treubleiben: „Um sich zwanglos einigen zu können, bedarf es der geteilten Überzeugung, dass der jeweiligen Tätigkeit ein Wert zukommt, der gegebenenfalls die Hintansetzung individueller Interessen rechtfertigt.“ Wie in der Kritischen Theorie wird „ein normatives Ideal von Gesellschaft vorausgesetzt, das mit den individualistischen Prämissen der liberalen Tradition unvereinbar ist“ (Honneth, 2020, S. 38).

e. Strukturwandel der Öffentlichkeit

Die politische Öffentlichkeit, wie sie hier skizziert wurde, ist durch Medien ausgestaltet und damit vielfältigen Herausforderungen unterworfen. Es sind insbesondere zwei, teils miteinander verflochtene Entwicklungsstränge, die die Bedingungen für Medien und für eine gelingende politische Öffentlichkeit verschlechtern hin zu einer als defizitär zu betrachtenden Öffentlichkeit: Ökonomisierung und Digitalisierung. Ersteres Phänomen beschreibt Habermas bereits im *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Zweifellos ist diese Ökonomisierung und eine damit einhergehende Verflachung von klassischen Medieninhalten seit den 60er Jahren weiter vorangeschritten, wie etwa eine aktuelle Studie der Otto-Brenner-Stiftung zur wirtschaftspolitischen Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten herausarbeitet (H. Müller & Nordheim, 2024).

Die Hoffnungen, dass die neuen Möglichkeiten einer immer weiter digitalisierten Diskurslandschaft demokratische Kraft entfalten könnten, wie sie vor allem in den Anfängen des Internets geäußert wurden und die sich später im Arabischen Frühling scheinbar bestätigt sahen, hat sich nicht erfüllt. Der drastische Wandel vor allem der letzten beiden Jahrzehnte, der „erneute Strukturwandel der Öffentlichkeit“, versetzt die politische Öffentlichkeit in eine noch problematischere Lage. Dabei führt die Digitalisierung einige Entwicklungslinien der Ökonomisierung der politischen Kommunikation fort. Die Digitalisierung ist hier also keine völlig neue Entwicklung. Eher werden schon vorher bestehende Tendenzen durch die „Plattformisierung der Öffentlichkeit“ (Jarren & Fischer, 2021) weiter verschärft.

Habermas stellt beim ersten Strukturwandel fest, dass nicht jede Art kapitalistischer Einfluss auf Medien problematisch ist – so habe der Kapitalismus etwa zu Verbesserungen beim Druck oder bei den Verbreitungswegen von Zeitungen geführt. Allerdings sei die Presse im Zuge ihrer Kommerzialisierung und der Abhängigkeit von Werbekunden zum „Einfallstor privilegierter Privatinteressen in die Öffentlichkeit“

geworden (Habermas, 1990, S. 280). Diese Entwicklung gilt für die digitalisierte Öffentlichkeit noch in gesteigertem Maße: Die Plattformen selbst sind nun Akteure, die ihre Privatinteressen höchstprivilegiert in der Öffentlichkeit vertreten können. Die Öffentlichkeit gerät in Abhängigkeit von Konzernchefs – Meta, X – oder autoritären Staaten – Tiktok.⁷ Zentral für die Plattformen ist die Wechselwirkung der Inhalte mit der Werbevermarktung der Daten der Plattformkunden. Das Ziel dieser Wechselwirkung ist es, ein möglichst genaues Bild der Nutzer*innen zu erhalten, das sich für den Zuschnitt von möglichst individualisierter Werbung ideal eignet. Auf diese Weise können die Nutzer*innen, die nun längst nicht mehr demokratisch beteiligte Bürger*innen, sondern eher Datenkapital sind, in verschiedene Werbekategorien eingeteilt werden (Dachwitz, 2023). Inhalte, die möglichst viele verwertbare Daten generieren, sind für die Plattformen demnach besonders wertvoll. Nun regieren die Gesetze des Datenkapitalismus über die Resonanz von Inhalten.

Bereits die Kommerzialisierung der Presse mit ihrer Maximierung des Absatzes im ersten Strukturwandel hatte zur Entpolitisierung der Inhalte geführt (Habermas, 1990, 258f.). Die Art der Inhalte und ihrer Präsentation war zusehends darauf ausgelegt, das Publikum zu unterhalten und weniger auf Information (Habermas, 1990, 260f.). „Kurzfristige Aufregerthemen“ werden relevanter, auf Langfristigkeit angelegte Betrachtungen geraten dagegen unter die Räder (Habermas, 1990, 259f.).⁸ Gleichzeitig lässt sich beobachten, wie Inhalte immer weiter vereinfacht, zugespitzt und personalisiert werden zuungunsten einer kritischen Berichterstattung gegenüber den öffentlichen Institutionen (Habermas, 1990, S. 262).

Im Zuge der Digitalisierung wird die Entpolitisierung der Inhalte weiter fortgeführt. Scheinbar Privates wird öffentlich, eigentlich Öffentliches findet weniger Raum zur Auseinandersetzung (Blome, 2024). Die Nutzer*innen sind abgerichtet auf endloses Scrollen durch emotionalisierte Beiträge und eine hohe Dopaminausschüttung (ARTE, 2023). Ein Shitstorm jagt den nächsten. Eingehende Betrachtungen sind auf 240 Zeichen kaum möglich und selbst, wo derartige Einschränkungen nicht festgelegt sind, sind es doch im Allgemeinen kurze Beiträge, die besonders große Aufmerksamkeit erfahren: „Im Kontext der hohen Konkurrenz um Aufmerksamkeit haben Inhalte eine größere Chance auf Reichweite, wenn sie kurz, emotional und polarisierend gestaltet sind.“ (Hillje, 2022, 57f.) Dies geschieht ganz im Sinne der Plattformbetreiber, denn es sind diese Beiträge, die zu den meisten Interaktionen und damit zu den am besten kapitalistisch verwertbaren Daten führen.

⁷ Elon Musks irrlichternder Umgang mit Twitter/X zeigt, wie problematisch diese Abhängigkeit sein kann.

⁸ Ähnlich scheint heute die Berichterstattung über Unwetter zu verlaufen, in der allzu oft die Berichterstattung von dem singulären Ereignis und weniger von einer langfristigen Einordnung (Klimawandel!) geprägt ist, siehe Martens (2024a).

Längst bestimmen die digitalen Verwertungsmuster aber auch die Berichterstattung der „klassischen“ alten Medien, die im Kampf um Aufmerksamkeit den Plattformalgorithmen schutzlos ausgeliefert sind. Um überhaupt noch Gehör zu finden und das Geschäftsmodell aufrecht erhalten zu können, passen auch seriöse Medien ihre Berichterstattung an die Plattformlogik an. Sogar wenn Medien eigentlich befreit von ökonomischen Zwängen aufspielen könnten, wie die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, unterwerfen sie sich häufig den Aufmerksamkeitsmechanismen mit dem Hinweis, das sei nötig, um alle Menschen erreichen zu können (Eichler, 2022; Frahm, 2024; Ringle, 2022). Und Beiträge in den traditionellen Medien selbst passen sich in Themenauswahl und Themenverarbeitung an die Verwertung in Digitalmedien an (Schüle, 2023). Die Schlussfolgerung, die Habermas für die politische Öffentlichkeit des ersten Strukturwandels zieht, mag letztlich auch für den erneuten Strukturwandel gelten:

„Wenn die Gesetze des Marktes, die die Sphäre des Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit beherrschen, auch in die den Privatleuten als Publikum vorbehaltene Sphäre eindringen, wandelt sich Raisonement tendenziell in Konsum, und der Zusammenhang öffentlicher Kommunikation zerfällt in die wie immer gleichförmig geprägten Akte einzelner Rezeption.“ (Habermas, 1990, S. 249)

Gleichzeitig mit der Fortführung von bestehenden Tendenzen der Ökonomisierung stellt die Digitalisierung in Teilen eine völlig neue Entwicklung dar. Das betrifft insbesondere das Verhältnis von Privatsphäre und Öffentlichkeit. Während die Kommerzialisierung die Lesenden in die Rolle von Konsumierenden drängte, so fällt ihnen nun zusätzlich eine Autorenrolle zu. Für Habermas ist das „das eigentlich Neue an den neuen Medien“ (Habermas, 2021, S. 487). Auch wenn die Anzahl der veröffentlichenden Nutzer*innen im Verhältnis zur Gesamtnutzerzahl gering ist und die meisten Beiträge auf wenige hyperaktive Nutzer*innen zurückgehen (Papakyriakopoulos, Serrano & Hegelich, 2020): Potenziell ist jeder Beitrag öffentlich und kann so eigene Deutungen der realen Welt als öffentliche Meinung präsentieren (Habermas, 2021, S. 493). Auch der Vermittlungscharakter, der den alten Medien eingeschrieben war, hat sich dadurch grundlegend gewandelt: Während vorher professionelle Journalist*innen Medieninhalte auswählten und aufbereiteten, so hat der Journalismus diese Schleusenfunktion im digitalen Zeitalter eingebüßt. Die Plattformen erfüllen diese Aufgabe nun nur unvollständig über die Verteilung von Aufmerksamkeit nach algorithmischer Logik.

Dieser Funktionsmechanismus verändert das Verhältnis von Privatsphäre und Öffentlichkeit viel grundlegender als zuvor, auch wenn Habermas aufgrund der im Rahmen der Kommerzialisierung des ersten Strukturwandels „repolitisierten Sozialsphäre“ bereits von einem „Zerfall der Öffentlichkeit“ sprechen konnte (Habermas, 1990, S. 226). Nun ist die Unterscheidung zwischen öffentlich und privat

in Auflösung begriffen. Die in „anonymer Intimität“ (Habermas, 2021, S. 496) entfaltete Kommunikation findet in „verselbständigten Halböffentlichkeiten“ statt (ebd., S. 498). „Die grenzenlosen Kommunikationsnetze, die sich spontan um bestimmte Themen oder Personen bilden, können sich zentrifugal ausbreiten und gleichzeitig zu Kommunikationskreisläufen verdichten, die sich dogmatisch *voneinander* abschotten. Dann verstärken sich die Tendenzen der Entgrenzung und Fragmentierung gegenseitig zu einer Dynamik, die der Integrationskraft des von Presse, Radio und Fernsehen gestifteten Kommunikationszusammenhangs der nationalstaatlich zentrierten Öffentlichkeiten entgegenwirkt.“ (Habermas, 2021, S. 489, Hervorh. im Original)

Die Medienlandschaft insgesamt hat sich seit dem ersten Strukturwandel gleichzeitig ausdifferenziert und konzentriert. Ausdifferenziert, weil der Konsum der Medien und gerade der digitalen Medien zumindest scheinbar so individualisiert möglich ist wie nie zuvor. Aus allen global zur Verfügung stehenden Informationskanälen können Nutzer*innen ihren Konsum nach eigenen Interessen auswählen. Konzentriert, weil der Konsum sich trotz aller digitalen Möglichkeiten real auf eine Handvoll global agierender Unternehmen beschränkt. Wenn Habermas konstatiert, dass der Grad der Konzentration im Zeitalter der Medien Film, Fernsehen und Radio besonders zugenommen habe, so erscheint diese Konzentration geringfügig im Vergleich zur digitalisierten Öffentlichkeit (Habermas, 1990, S. 282).

3. Rechtsextreme Medienstrategien

Im folgenden Abschnitt soll nun erläutert werden, wie noch näher zu bestimmende rechtsextreme Akteure (a.) ihr Ziel einer „kulturellen Hegemonie“ verfolgen (b.). Um die Aufmerksamkeit in klassischen Medien zu erhöhen, greifen sie dabei insbesondere auf die Strategie der Provokation zurück (c.). Gleichzeitig bilden sie eigene Medien zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit heraus (d.).

a. Akteure

Im Anschluss an die in der Einleitung genannte Rechtsextremismusdefinition von Jaschke soll hier der Untersuchungsgegenstand noch weiter erörtert und spezifiziert werden. Einer häufigen Praxis zufolge werden Rechtsextremismus und Rechtspopulismus voneinander unterschieden. So verstehen Heinze/Lewandowsky unter Rechtspopulismus eine gemäßigte Rechte, die im Gegensatz zur extremen Rechte „glaubhaft für sich beanspruchen [kann], sich auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung zu bewegen“ (Heinze & Lewandowsky, 2022, S. 556).

Eine allzu verengende Sichtweise auf Rechtsextremismus wäre vorliegend aber dennoch falsch. Die Grenzen dessen, wer oder was Rechtsextremismus ist, bleiben zweifellos fließend. Eine solche Auflösung der Grenzen dessen, was gerade noch demokratisch konservative und was bereits extrem rechte Positionen sind, ist dabei bewusste Strategie von extremen Rechten, um anschlussfähig an die Mehrheitsgesellschaft zu bleiben (Heitmeyer, Freiheit & Sitzler, 2020, 124ff.). In der politischen Öffentlichkeit sehen sie hierfür ein zentrales Handlungsfeld (Pfahl-Traugber, 2019, S. 7), in dem mit gemäßigtem Auftreten, auch als „Mimikry“ bezeichnet, die eigene extreme Position verschleiert werden kann (Weißmann 1986, S. 178, zit.n. Pfahl-Traugber, 2019, S. 31).

Insofern müssen auch die „Ränder“ des Rechtsextremismus für die vorliegende Arbeit relevant bleiben (Braun et al., 2016, S. 18). Wenn also diese Ränder – wie so oft in aktueller journalistischer Berichterstattung über die AfD – als rechtspopulistisch bezeichnet werden, ist mit Wilhelm Heitmeyer festzustellen: „Wenn Medien, Politik und Wissenschaft mit dem Einheitsbegriff Rechtspopulismus arbeiten, bedienen sie tendenziell - nicht unbedingt bewusst, sondern aus Nachlässigkeit - Vernebelungstaktiken der politischen Akteure und Bewegungen. Denn sie benennen damit nicht die genauen ideologischen Komponenten der jeweiligen Programme. Genau das wäre aber notwendig, um Gegengift zu entwickeln.“ (Heitmeyer et al., 2020, 104f.; vgl. Virchow & Häusler, 2022, S. 45) Um die Bedeutung der Ränder für die extreme oder sogar terroristische Rechte deutlich zu machen, etabliert Heitmeyer das Modell eines konzentrischen Eskalationskontinuums. Vom äußeren Kreis, den menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung⁹, nimmt die Gewalt zu den inneren Kreisen über „Vordenker“ bis hin zu systemfeindlichen Milieus und terroristischen Zellen zu. Dabei legitimieren die äußeren Kreise jeweils den nächstinnenliegenden (Heitmeyer et al., 2020, 58ff.). Dieser Hintergrund ist für ein Verständnis dessen, welche Rolle das Auftreten der extremen Rechten in der politischen Öffentlichkeit einnimmt, unabdingbar.

Zu den zentralen Akteuren für rechte Medienstrategien in der politischen Öffentlichkeit zählt die sogenannte „Neue Rechte“ (Baader, 2020, S. 130). Das Adjektiv „neu“ stellt dabei weniger eine ideologische oder personelle Abgrenzung zu früheren Erscheinungsformen von extremen Rechten dar als eher eine zeitliche oder eine methodische. So legt die „Neue Rechte“ einen besonderen Fokus auf die Beeinflussung des Diskurses (Pfahl-Traugber, 2019, 8f.). Braun et al. (2016, 17f.) beschreiben: „In Gesprächskreisen, Seminaren oder eigenen Messen bemühen sich die führenden neurechten Köpfe, mehr oder weniger einmütig und erfolgreich, unterschiedliche Strömungen innerhalb des rechten Spektrums miteinander ins

⁹ Vgl. dazu auch die aktuelle „Mitte-Studie“: 8 Prozent der Befragten teilen ein rechtsextremes Weltbild, 34,5 Prozent stimmen der Aussage „Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren“ voll oder eher zu, siehe Zick, Küpper und Mokros (2023).

Gespräch zu bringen, politische Begriffe zu besetzen und über gesellschaftlich-kulturelle Debatten Einfluss auf die Politik zu nehmen.“ Bewusst knüpft die „Neue Rechte“ nun nicht mehr an den Nationalsozialismus an, sondern bezieht sich demonstrativ auf Personen und Denkströmungen der 1920er Jahre, die unter dem Begriff „Konservative Revolution“ zusammengefasst werden. Ansonsten sind aber tatsächlich zahlreiche Kontinuitäten zwischen der „Neuen Rechten“ und alten Rechten erkennbar.¹⁰

Der Begriff „Konservative Revolution“ ist selbst ideologisch begründet und die Verwendung problematisch, „es handelt sich um einen Kunstgriff Armin Mohlers“ (Meiering & Groß, 2022, S. 33). Aus Mangel an Alternativen wird er dennoch häufig zu wissenschaftlichen Analysezwecken herangezogen. Ideologisch ist die „Konservative Revolution“ zwar außerordentlich heterogen, aber geeint in ihrer Ablehnung der demokratischen Weimarer Republik und ihrer liberalen Werte. Auch ihr Denken ist vielfach durchzogen von Rassismus und Antisemitismus. (Meiering & Groß, 2022, S. 33) Die Denkströmung ist also ganz und gar nicht „konservativ“. Wie antidemokratisch sie ist, zeigt beispielsweise folgende Selbstbeschreibung von Edgar Julius Jung:

„Konservative Revolution nennen wir die Wiederinachtsetzung aller jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und Gott verliert und keine wahre Ordnung aufkommen kann. An die Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an die Stelle bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an die Stelle des Massenglücks das Recht der Volksgemeinschaft.“ (Jung 1932, S. 380, zit. n. Pfahl-Traugber, 2019, 5f.)

Oft wird die „Konservative Revolution“ deshalb als „Wegbereiter des Nationalsozialismus“ beschrieben (Virchow & Häusler, 2022, S. 43). Hieraus wird auch deutlich, wie problematisch es ist, wenn die heutige extreme Rechte an diese Denkströmungen anknüpft. Zusätzlich scheint diese Anknüpfung vor allem einen performativen Zweck zu erfüllen (Torgovnik & Meiering, 2022, S. 310). Entlarvend zeigen zahlreiche an NS-Vokabular angelehnte Äußerungen von „Neuen Rechten“, wes Geistes Kind sie sind. So konstatiert Maïke von Damaros „einen auffälligen Hang zur Bildung neuer und älterer ‚Volks‘-Komposita“ (Damaros, 2022, S. 369). Exemplarisch für medial präsente Äußerungen sei zusätzlich genannt etwa die aktuelle Verurteilung Björn Höckes wegen der Verwendung der SA-Parole „Alles für Deutschland“ (Mayer, 2024), eine Rede Alexander Gaulands, die sich an eine Rede

¹⁰ Deshalb ist der Begriff der „Neuen Rechten“ auch umstritten, vgl. Virchow und Häusler (2022, S. 43) Im Übrigen haben auch die NPD und andere Rechtsextreme der 90er- und 2000er-Jahre versucht, den „vorpolitischen Raum“ zu besetzen, beispielsweise durch „Schulhof-CDs“, wie Pfeiffer (2016) darstellt.

Hitlers anlehnte (Benz, 2018) oder Frauke Petrys Forderung, man müsse den Begriff „völkisch“ positiv besetzen (Damaros, 2022, S. 367).

Wenn Pfahl-Traughber (2019, S. 4) also in Anbetracht der Bezugnahme von heutigen Rechten auf die von ihnen so bezeichnete „Konservative Revolution“ betont, dass Rechtsextremismus nicht nur Anhänger des Nationalsozialismus meint, dann erscheint diese Klarstellung aufgrund klarer ideologischer, insbesondere antidemokratischer Zusammenhänge zwischen beiden Denkrichtungen als fehlgeleitet. Deshalb mag die pauschale Bezeichnung von Rechten als Nazi dennoch in die Irre führen (Gaus & Müller-Teusler, 2023, S. 7). Die Distanzierung der „Neuen Rechte“ von Inhalten des nationalsozialistischen Regimes ist aber ganz und gar nicht „glaubwürdig“, wie Pfahl-Traughber meint (2023, S. 67).

Zwischen verschiedenen rechtsextremen Gruppen hat sich in Deutschland ein regelrechtes Netzwerk gebildet. Diese nehmen im gemeinsamen antidemokratischen Projekt verschiedene Funktionen ein: Rechte „Intellektuelle“ schaffen einen ideologischen Hintergrund. Darunter zählt beispielsweise Götz Kubitschek, der mit seinem Institut für Staatspolitik und dem Antaios-Verlag in Schnellroda als Ideengeber beispielsweise für Björn Höcke gilt, dem AfD-Spitzenkandidaten bei der thüringischen Landtagswahl in diesem Jahr (Bundeszentrale für politische Bildung, 2022; Virchow & Häusler, 2022, S. 44). Zur Rekrutierung von Mitarbeitenden oder von Funktionären rechtsextremer Parteien dienen unter anderem rechtsextreme Burschenschaften. Sie stellen „ein wichtiges Verbindungsglied zwischen einem spezifischen akademischen Milieu, dem außerparlamentarischen Rechtsextremismus, rechtsextremistischen Parteien und vor allem dem autoritären Nationalradikalismus der AfD dar.“ (Heitmeyer et al., 2020, S. 124; vgl. Report Mainz, 2024) Einige Publikationsorgane helfen bei der Verbreitung der Positionen dieser Akteure: Zu nennen sind dabei die *Sezession* als Publikationsorgan für Artikel mit akademischem Anstrich, weiterhin die Zeitschrift *Junge Freiheit*, die trotz Mäßigung im Laufe ihrer Geschichte weiterhin als „publizistisches Flaggschiff“ der Rechten gilt (Braun et al., 2016, S. 18), das Magazin *Compact* (Andrae, 2022) sowie erfolgreiche Auftritte in digitalen Plattformen unter anderem durch rechtsextreme Influencer*innen (P. Müller, 2022). Nicht zu vernachlässigen sind internationale Verbindungen dieser Akteure beispielsweise zu französischen, österreichischen oder auch zu russischen Rechten (Magister, 2022, 130f.).¹¹

Als parlamentarischer Arm dieses Netzwerks dienen Teile der AfD, allen voran der offiziell aufgelöste „Flügel“ der Partei. Zwischen dem sogenannten „Vorfeld“ und der Partei selbst bestehen zahlreiche personelle Verbindungen¹², die in gemeinsamen

¹¹ Auch wenn der französische Rassemblement National von Marine Le Pen der AfD die Zusammenarbeit aufkündigte, siehe Meiler (2024).

¹² So gilt Höcke nach Auffassung der AfD-Parteigründers Bernd Lucke als „Kubitscheks Lakai“, siehe Pfahl-Traughber (2019, S. 1). Auf kommunaler Ebene bestehen einige personelle

Seminaren oder etwa bei Messen gepflegt werden (Zekri, 2024). Seit ihrer Gründung als euroskeptische Partei hat sich die AfD ideologisch zunehmend weiter auf den Rechtsextremismus zubewegt, so dass inzwischen einige Landesverbände vom Verfassungsschutz als rechtsextrem und die Gesamtpartei als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft werden (Hillje, 2022, 17f.; Koopmann & Balsler, 2024; Mayer, 2023). Dieser Rechtsruck war in ihrer Gründung bereits angelegt und wurde beispielsweise von Alexander Gauland gezielt vorangetrieben (Heitmeyer et al., 2020, 119f.). Ähnlich wie die „Neue Rechte“ ist auch die AfD stark auf ihre Wirkung in der Öffentlichkeit fokussiert (Braun et al., 2016, S. 18). Hillje bezeichnet sie deshalb als „digitale Massenkommunikationspartei“ (Hillje, 2022, 111f.).

Zweifellos mögen nicht alle Teile der AfD antidemokratische Bestrebungen verfolgen. Einige Gruppierungen werden deshalb auch nicht als rechtsextrem, sondern eher als rechtsnational oder als nationalkonservativ bezeichnet (so z.B. Kemper, 2022). Die Partei soll deshalb auch nicht im Zentrum der vorliegenden Analyse stehen. Nichtsdestotrotz nehmen diese Gruppen die Aktionen ihrer Parteifreund*innen mindestens billigend in Kauf. Letztlich sind es gerade sie, die in der Öffentlichkeit eine zentrale Scharnierfunktion zwischen demokratischen und antidemokratischen Gruppen – auch Wählergruppen – ausfüllen (Braun et al., 2016, 17f.; Hillje, 2022, S. 18).

b. Ziele

Die genannten Akteure des rechtsextremen Spektrums verfolgen bei ihren auf die politische Öffentlichkeit gerichteten Aktivitäten ein klares Ziel: „kulturelle Hegemonie“ (Damaros, 2022, S. 370). Die Formulierung dieses Ziels geht dabei auf Alain de Benoist zurück, der in seinem Buch *Kulturrevolution von rechts* (1985) Ideen des marxistischen Philosophen Antonio Gramsci aus rechtsextremer Perspektive aneignete (Jorek, 2022, 79f.; Pfahl-Traughber, 2019, S. 7). Kulturelle Hegemonie bezeichnet nach Gramsci die Vorstellung, dass Herrschaft sich nicht nur in politischer Macht oder physischem Zwang, sondern gerade auch in öffentlichen Bereichen wie Kultur und Medien konstituiert (Meiering, 2022b, 39ff.). Konkrete Aufgabe der extremen Rechte zum Erreichen von kultureller Hegemonie ist es nach de Benoist, im gesellschaftlichen Kampf um Hegemonie eine scheinbare Distanz zu den „Alten Rechten“ zu schaffen und „mittels Kampf um gesellschaftliche Hegemonie rassistische Ideologie und Politik salonfähiger zu machen“, wie Jorek einordnet (2022, S. 79). Dieser Kampf wird auch als Metapolitik bezeichnet, um zu kennzeichnen, dass es bei diesem Kampf zunächst nicht um den Erfolg in den

Überschneidungen mit Anhängern des Nationalsozialismus, völkischen Siedlern oder der Identitären Bewegung, siehe Erb, Heubl, Kahn, Kampf und Ludwig (2024).

demokratischen Verfahren geht, sondern um einen Kampf um die Köpfe (Hillje, 2022, S. 156; Jorek, 2022, S. 82).¹³

Ähnlich wie Habermas macht also auch die extreme Rechte aufmerksam darauf, dass in einer Demokratie nicht nur Wahlen von Bedeutung sind (Flügel, 2022a, S. 91). Geführt wird der Kampf um Köpfe dann aber als „geistiger Bürgerkrieg“ (Martens, 2024b)¹⁴ und explizit nicht im Sinne eines demokratischen Diskurses: „Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party“, formuliert Kubitschek selbst (Becker, 2021, S. 153; Kubitschek, 2006, S. 24; Meiering, 2022a, S. 12).

Für die politische Umsetzung eines erfolgten geistigen Wandels sind dann noch nicht einmal eigene beispielsweise als Regierung tätige Akteure notwendig. Vielmehr soll der Kampf um Hegemonie bewirken, dass auch andere politische Akteure Framing und Agenda der Rechtsextremen übernehmen (Hillje, 2021, S. 50). Dafür sollen rechte Inhalte schrittweise normalisiert und die Grenzen des politischen Möglichkeitsraum kommunikativ verschoben werden. Diese Strategie ist etwa in der Asylpolitik durchaus erfolgreich, wie in einigen empirischen Untersuchungen festgestellt wurde (Gäbler, 2017, S. 40; Hillje, 2021, 49ff.; Wodak, 2020, 76f.).

Auch wenn die ideologische Stoßrichtung dieser Bestrebungen über verschiedene Gruppen und Akteure keineswegs konsistent ist, lassen sich doch einige maßgebliche Vorstellungen identifizieren. Als Fokalkpunkt ist den rechtsextremen Akteuren die Vorstellung eines „Ethnopluralismus“ gemeinsam. Dieses Konzept, zurückgehend auf de Benoist, gesteht zwar allen Ethnien grundsätzlich eine Daseinsberechtigung zu. Gleichzeitig dürften Ethnien wegen ihrer kulturellen Unterschiede nicht miteinander vermischt werden. „Das ‚neurechte‘ Konzept des Ethnopluralismus [...] ersetzt so die Reden von der ‚Rasse‘ mit der Hypostasierung von ‚Kultur‘ [...]. Mit dem Antisemitismus ist er auf komplexe Art verflochten, indem Muslim*innen als Ersatzfeindbild anstelle der Jüd*innen genutzt und antisemitische Einstellungen auch auf Muslim*innen gerichtet werden“ (Meiering, 2022c, S. 180). Damit ist der Begriff Ethnopluralismus im Kern rassistisch und letztlich nur eine Umwertung des früher biologistisch begründeten Begriffs der „Rasse“ (Amadeu-Antonio-Stiftung, 2020, S. 47). Gemeinsam ist den rechtsextremen Bestrebungen auch ein Antifeminismus, der ideologisch eine Klammer hin zu konservativeren Position bildet (Jugenheimer, Pereyra & Schöbel, 2022, S. 174; Leidinger & Rahner, 2023, S. 202).

¹³ Die extreme Rechte bezeichnet das teils auch als „Reconquista“ -> Sellner

¹⁴ Steve Bannon, einst Wahlkampfstrategie von Donald Trump und zwischenzeitlicher Impulsgeber für den Wahlkampf der AfD 2017, spricht von „battles over ideology and attention“, die rechte Akteure gewinnen müssten, s. Hillje (2022, S. 11).

Für die Umsetzung dieser Vorstellungen nutzt die extreme Rechte einige mediale Strategien: In Anlehnung an Hilljes Dissertation, in der er untersucht, wie die AfD kommunikativ eine „Wir“-Identität konstruiert (Hillje, 2022), sind diese Strategien hier in Earned Media (c.) und Owned Media (d.) eingeteilt. Earned Media bezeichnet dabei die Aufmerksamkeit, die rechtsextreme Akteure in anderen, „klassischen“ Medien gewinnen, Owned Media die Aufmerksamkeit, die sie durch den Aufbau und die Präsenz eigener Medien gewinnen (vgl. Hillje, 2022, S. 74). Um Earned Media zu maximieren und die Aufmerksamkeit bestmöglich für den eigenen Zweck zu nutzen, verwendet die Rechte dabei eine Bandbreite von Strategien. Dazu gehören u.a. Desinformation und Verschwörungserzählungen (Amadeu-Antonio-Stiftung, 2020; Breidscheid, 2022, S. 381; van Dyk, 2021), Mimikry oder Selbstverharmlosung (Kubitschek, 2017; Monitor, 2019; Pfahl-Traugber, 2019, S. 31), Retorsion (Amadeu-Antonio-Stiftung, 2020, S. 46; Breidscheid, 2022, S. 379), Framing (Tottmann, 2022), Freund-Feind-Konstruktionen (Knappertsbusch, 2017), Provokation sowie andere populistische Stilmittel und Rhetorik (Hillje, 2022, 47f.; Meiering, 2022b, S. 354; Schutzbach, 2018). Im Folgenden soll der Fokus auf Provokation liegen, in der die genannte Bandbreite an Strategien kulminiert.

c. Earned Media

Provokation als Mittel zum Erreichen medialer Aufmerksamkeit verwendet die extreme Rechte sicherlich nicht exklusiv. Sie sind aber zweifelsohne diejenigen, die Provokationen am gezieltesten einsetzen. Weiterhin zeigt sich bei dieser Strategie ein besonderer antidemokratischer Impetus – die Provokation zielt eben gerade nicht auf die Beteiligung an einem demokratischen Diskurs. Provokation will den Diskurs beenden, wie Kubitschek fordert (s.o.), und bis dahin die Aufmerksamkeit bestmöglich für eigene Zwecke einsetzen. Für eine Untersuchung attraktiv ist die Provokation weiterhin deshalb, weil die Strategie von einschlägigen Rechten – im Folgenden wird daher unter anderem auf die Veröffentlichungen von Götz Kubitschek und Martin Sellner Bezug genommen – selbst detailliert beschrieben wurde als genau dieses Mittel zur Maximierung von medialer Aufmerksamkeit:

„Wer keine Macht hat, bereitet sich lange und gründlich vor, studiert die Reflexschemata des Medienzeitalters und erzwingt durch einen Coup öffentliche Wahrnehmung. Denn daran muss sich der Provokateur messen lassen: Was nicht in den Medien war, war nicht. Für die stille Bildungsarbeit mögen andere Gesetze gelten: Provokationen leben von der Wahrnehmung, denn ihr Ziel ist, eine Reaktion (und sei es nur die Verblüffung) hervorzurufen.“ (Kubitschek, 2006, 23f.)

Und weiter:

„Wahrgenommen wird das Unerwartete, wahrgenommen wird der gezielte Regelverstoß, wahrgenommen, zwingend wahrgenommen wird die

bewusste oder unbewusste Verletzung der Tabus, die auch unsere derzeitige, nur scheinbar nach allen Seiten offene Herrschaftsstruktur absichern, bewahren.“ (Kubitschek, 2006, S. 24)

Die Provokation ist nicht nur ein performativer Akt mit Aufmerksamkeitsgewinnungsfunktion – wer provoziert, inszeniert sich als machtlos und als außerhalb des bestehenden Systems agierend. Die Provokation erfüllt gleichzeitig auch ideologische Funktionen: Der Bruch von Tabus soll unter dem schützenden Deckmantel der Meinungsfreiheit auf vermeintliche Defizite des demokratischen Systems aufmerksam machen. Zusätzlich expliziert die Provokation die rechtsextreme Vorstellung von Politik als Kampf zwischen Freund und Feind (Weiß, 2017, 187ff.).

Auf inhaltlicher Ebene lassen sich mittels Provokationen rechtsextreme Positionen in den demokratischen Diskurs einpflegen. „Erfolgreiche Manipulateure des Overtonfensters [des Bereich des Sagbaren] arbeiten an einer Mischung aus ‚Schock‘ und ‚Normalisierung‘“, erläutert Martin Sellner in einem Blogbeitrag (Sellner, 2019b). In einem langfristig angelegten „lexikalischen ‚Häuserkampf‘“ sollen bestehende demokratische Institutionen und Positionen durch Tabubrüche delegitimiert werden, um schließlich einen „Regime Change von rechts“ einzuleiten (Sellner, 2023, 169ff.). Provokationen sollten schrittweise vorgehen und sollten stets nur knapp über die „Grenze des Sagbaren“ hinausgehen. Der Mechanismus: „Wenn die Provokation von gestern das Normale von heute ist, wird die Provokation von heute das Normale von Morgen.“ (Schrupp, 2024)

Mit klarer ideologischer Richtung meint Thor von Waldstein, einschlägiger Autor der „Neuen Rechten“: Eine „erfolgreiche metapolitische Arbeit“ hebe durch die Disruption des Diskurses die Distanz zu extrem-rechten oder nationalsozialistischen Positionen auf (Flügel, 2022a, 91f.). Der antidemokratische Impetus der rechtsextremen Provokation wird aus solchen Beschreibungen also ebenfalls deutlich. Provoziert wird folgerichtig häufig mit der Verwendung von Motiven und Begriffen aus der NS-Zeit, der Herabsetzung von Minderheiten, durch das Verächtlichmachen von demokratischen Institutionen oder einfach durch vulgäre Entgleisungen (Amadeu-Antonio-Stiftung, 2020, S. 42; Glaß & Magister, 2022, S. 203; Holtz-Bacha, 2022, S. 454; Mayer, 2024).

Keinesfalls dürfe man sich im Diskurs selbst systematisch demokratischer darstellen, dann werde die „Selbstverharmlosung“ zur „zweiten Haut“ (Kubitschek, 2017, S. 28; vgl. Pfahl-Traughber, 2019, S. 24). Um das zu vermeiden, sollen Provokationen nach innen wie nach außen Wirkung entfalten:

„Neben der Wirkungsrichtung unserer Provokation nach außen (mit den Zielen Zuspitzung, Konfrontation, Aufmerksamkeit), gibt es ebenso eine Wirkungsrichtung nach innen. Sie zielt auf Beispiel, Mobilisierung und

Rekrutierung. [...] Im günstigen Fall mobilisiert sie Nachahmer oder originelle Kräfte und weckt ein Milieu, eine Szene aus der Lethargie oder aus einem an dandyesken Vorbildern geschulten Defätismus. Das wichtigste jedoch ist die Rekrutierung Unentschlossener und Suchender.“ (Kubitschek, 2006, S. 24)

Auf diese Weise wird die Provokation zum idealen Mittelpunkt rechtsextremer Strategien in der Öffentlichkeit. Auch die AfD greift die Provokation als Mittel für ihre Zwecke in einem Strategiepapier auf und kann sich als gewählte Partei sogar im Bundestag in dieser Art präsentieren (Becker, 2021, S. 156; Gäbler, 2017, S. 20). Wenn andere Parteien nun auf solche Provokationen reagieren, gewinnt die AfD gleich doppelt, wie sie selbst beschreibt: „Je mehr [die etablierten Parteien] versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD. Niemand gibt der AfD mehr Glaubwürdigkeit als ihre Gegner.“ (AfD Handbuch, zit. n. Amadeu-Antonio-Stiftung, 2020, S. 35)

Wie die Reaktion und Gegenreaktion auf eine Provokation prototypisch aussehen, beschreibt Ruth Wodak (2020, 42f.) folgerichtig als „rechtspopulistische Perpetuum Mobile“.¹⁵ Dieses besteht im Prinzip aus Provokation, Leugnung, einer Täter-Opfer-Umkehr und anschließend einer neuen Provokation. Wodak analysiert detailliert: Zuerst steht die Provokation. Bei anschließender Kritik wird die Provokation zunächst geleugnet. Wenn diese Leugnung nicht mehr haltbar ist, wird die Provokation umgedeutet, mit anderen Phänomenen gleichgesetzt oder von ihr abgelenkt. Auf weitere Kritik an der Provokation wird als nächstes eine vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit behauptet – „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“. Der Provokateur behauptet provozierend weiter, Opfer eines Meinungsdictats zu sein oder konstruiert eine Verschwörung der Medien, der „Eliten“, der „Altparteien“ oder gar von spezifischen Volksgruppen. Wenn auch diese Position unhaltbar wird, beginnt das Perpetuum mobile mit der Provokation eines neuen Skandals von vorne.

Auf diese Weise können rechtsextreme Akteure Debatten in der politischen Öffentlichkeit in ihrem Sinne steuern und die Themensetzung und -bearbeitung der Berichterstattung dominieren. Der Raum für andere Themen wird immer eingenger. Die Folge davon ist eine Normalisierung von rechtsextremen Themen und Positionen. Die „Grenzen des Sagbaren“ werden ausgeweitet. Der Diskurs wie die Politik selbst bewegen sich nach rechts. (Hillje, 2021, S. 29, 2022, S. 76; Wodak, 2020, S. 43)

Aus dem Perpetuum mobile der Provokation gibt es für Medien kein Entrinnen. Sie werden in eine „No-Win-Situation“ versetzt (vgl. Wodak, 2020, S. 42): Wenn sie über die Provokation berichten, wird die Provokation verstärkt. Je öfter die Provokation wiederholt wird, desto eher wird sie zur Gewohnheit. Rechtsextreme Begriffe und

¹⁵ Vergleichbar auch Amadeu-Antonio-Stiftung (2020, S. 36).

Narrative werden zusätzlich gefestigt und normalisiert (Hillje, 2021, S. 34). Wenn sie nicht berichten, reklamieren Provokateure für sich eine Opferrolle oder delegitimieren die Nachrichtenmedien als „Lügenpresse“ oder als „Staatsfunk“. Attacke und Opfermythos gehen hier Hand in Hand (Gäbler, 2022, S. 504). So können Provokateure in beiden Fällen das Vertrauen in Medien weiter aushöhlen (Amadeu-Antonio-Stiftung, 2020, 60f.). Mit einer politisch informierten Öffentlichkeit oder einem Diskurs zur rationalen Aushandlung gesellschaftlicher Herausforderungen hat diese „Struktur von wütender Kommunikation“ nichts mehr gemein (Gäbler, 2022, S. 512).

d. Owned Media

Die Schaffung und Etablierung von eigenen Medien als Strategie zum Erreichen von „kultureller Hegemonie“ ist gewissermaßen die Kehrseite der Provokationsstrategie. Während die Provokation den Diskurs in der klassischen Öffentlichkeit konterkariert, soll mittels eigener Medien eine Gegenöffentlichkeit geschaffen werden. Der Begriff der Gegenöffentlichkeit meint dabei eine Öffentlichkeit, die sich gegenüber einer hegemonialen Öffentlichkeit konstituiert. Eine Gegenöffentlichkeit existiert also nur relational. (Schwaiger, 2022, 47ff.) Im Allgemeinen bezieht sich der Begriff nicht zwangsläufig auf rechtsextreme Bestrebungen. Andere Gegenöffentlichkeiten sind durchaus denkbar und können im positiven Sinne sozialen Wandel anstoßen, wie beispielsweise die feministischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts (Schwaiger, 2022, S. 51). Entwickelt wurde der Begriff im Kontext der 68-Bewegung letztlich im Anschluss an die Kritische Theorie und ihrer Kritik der Massenmedien. Eine „Gegenöffentlichkeit“ sollte zunächst „auf emanzipatorischen Inhalten und Praktiken basieren“ (Pfeiffer, 2016, S. 258).

Von rechtsextremer Seite wird der Begriff aber zu einem Kampfbegriff, der sich gegen die Demokratie und einen demokratischen Diskurs richtet (Schwaiger, 2022, S. 67). Von ihnen selbst wird er in dieser Weise verwendet, hier etwa von Martin Sellner (2019a): „Wir benötigen starke, autonome, professionelle Plattformen der Gegenöffentlichkeit, die auch den Boulevard herausfordern können und ein breites, auf die Jugend zugeschnittenes Angebot an ‚Infotainment‘ [sic!].“

Auch andere Parteien und politische Akteure kommunizieren natürlich über eigene Kanäle: Auf Digitalplattformen, mit Webseiten, Zeitschriften, Newslettern usw. Demokratische Akteure sehen solche Mittel als klassische PR-Kommunikation und gerade nicht als Ersatz von journalistischen Medien (Hillje, 2021, S. 58). Demgegenüber erläutert Alice Weidel zu den eigenen Parteipublikationen: „Unser ambitioniertes Fernziel ist es, dass die Deutschen irgendwann AfD und nicht ARD schauen.“ (Neff, 2018)

Der Nutzen dieser Strategie ist dabei zweifach. Die offensichtliche Wirkung dieser Strategie ist klar: Je mehr Menschen über selbst kontrollierte Kanäle erreicht

werden, desto direkter werden rechtsextreme Botschaften verbreitet und desto gefestigter kann ein entsprechendes Weltbild bei Nutzer*innen dieser Medien werden. So kann die journalistische Schleusenfunktion umgangen werden. Hier haben sie keine kritischen Nachfragen oder Einordnungen zu befürchten und können gewissermaßen frei kommunizieren. Gleichzeitig erfüllt die Schaffung einer rechtsextremen Gegenöffentlichkeit eine symbolische Funktion: Aus ihr geht die Ablehnung der bestehenden Öffentlichkeit klar hervor (vgl. Hillje, 2022, 70f.).

Die AfD und andere rechtsextreme Akteure verfolgen die Etablierung einer Gegenöffentlichkeit mit großem Fokus auf digitale Plattformen, aber nicht rein digital. Davon zeugen die einschlägigen Publikationsorgane (s.o. Kapitel 3.a.), Ideen zu einer rechtsextremen „Gegenuni“ (Vgl. Sellner, 2021), Bestrebungen zur Herausbildung einer rechtsextremen Zivilgesellschaft und ähnliche Aktivitäten im analogen Raum. Weil die digitalen Aktivitäten so wirkmächtig und erfolgreich sind – ganz im Gegensatz zur „Gegenuni“ – soll hier der Fokus also auf den rechtsextremen Präsenzen und Netzwerken im digitalen Raum liegen.

Im digitalen Raum ergänzen sich rechte Alternativmedien mit Präsenzen auf den bekannten Digitalplattformen. Die Alternativmedien fungieren dabei als Propagandainstrumente mit quasi-journalistisch-seriösem Anstrich. Die Gestaltung der Webseiten ist an den Onlineauftritten von Qualitätsmedien orientiert. In ihrem Selbstverständnis verstehen sich rechte Alternativmedien als „Aufdecker medialer und politischer Lügen und von Geheimnissen des ‚Mainstreams‘“ (Schwaiger & Eisenegger, 2021). Die Berichterstattung genügt journalistischen Kriterien nicht. Sie ist wertend und beinhaltet auch ironische oder zynische Elemente (Schwaiger, 2022, S. 149). Abwertend berichten rechte Alternativmedien vor allem über vermeintliche oder tatsächliche politische und mediale Eliten, aber auch über bestimmte Gruppen wie etwa Migrant*innen (Schwaiger, 2022, S. 255). Zusätzlich sind die Grenzen zu verschwörungsideologischen Medien oft fließend. Zwischen beiden bestehen einige netzwerkartige Verbindungen (Schwaiger, 2022, S. 190). Durch diese Art der Berichterstattung ist es möglich, „dass die Realitätswahrnehmung des Publikums [...] erheblich und im großen Rahmen ausgehöhlt wird.“ (Amadeu-Antonio-Stiftung, 2020, S. 62) Die erfolgreichsten dieser Alternativmedien entwickeln vergleichsweise hohe Reichweiten, darunter *Tichys Einblick* mit fünf Millionen, *Junge Freiheit* 4 Millionen sowie *Nachdenkseiten*, *Politically Incorrect* und *Achse des Guten* mit jeweils über zwei Millionen monatlichen Aufrufen (SimilarWeb, 2024).¹⁶ Die Vernetzung mit digitalen Auftritten macht diese Alternativmedien noch einmal wirkmächtiger.

¹⁶ Jeweils Stand Mai 2024. Zum Vergleich: Die *Süddeutsche Zeitung* erzielt monatlich etwa 35 Mio., die Bild-Zeitung über 200 Mio. Aufrufe.

Während in rechten Alternativmedien ein seriöser Anstrich zumindest dem Anschein nach gewahrt bleibt, ist die Art der Präsentation auf digitalen Plattformen völlig hemmungslos. Die rechtsextreme Strategie lässt sich mit „Masse statt Klasse“ (Schnabel & Berendsen, 2024, 16ff.) betiteln. Rechtsextreme unterhalten in hoher Zahl Präsenzen auf allen gängigen Plattformen. Jede Plattform spricht dabei unterschiedliche Altersgruppen und Milieus auf unterschiedliche Weise an. Im Gegensatz zu anderen politischen Akteuren ist für Rechtsextreme die Seriosität der Beiträge und Auftritte und auch das durch die Plattformen hergestellte Umfeld zweitrangig. Sie können folgenlos „frei von der Leber weg mal ein paar Ideen haben“ (Kubitschek, 2006, S. 24).

Besonders erfolgreich ist diese Digitalstrategie auf Tiktok. Sechs der Zehn erfolgreichsten Politiker*innen auf Tiktok kommen von der AfD (Schnabel & Berendsen, 2024, S. 14). Relevant ist aber nicht nur die Spitze, sondern vor allem die Breite der rechtsextremen Inhalte. Hier hat sich eine Art Spam-Netzwerk von rechtsextremen Accounts herausgebildet. Das bedeutet: Wer sich hier für politische Inhalte interessiert, kommt um rechtsextreme Beiträge kaum herum. „Eine unüberschaubare Zahl an User*innen mit wenigen Dutzend bis mehreren 10.000 Follower*innen posten täglich und ausschließlich Schnipsel aus Interviews oder Reden von AfD-Politiker*innen“, analysieren Schnabel und Berendsen (2024, S. 26): „Dieses Phänomen ist nicht (nur) spontanes Ergebnis des Engagements leidenschaftlicher AfD-Anhänger*innen, sondern Strategie im Sinne der ‚Tiktok-Guerilla‘. In einem Clip fordert Maximilian Kraus seine Zuschauer*innen auf, seine Inhalte herunterzuladen, mit Untertiteln und Musik zu bestücken und neu hochzuladen. Auf diese Weise multipliziert sich die Fülle rechten Contents (nicht nur) auf Tiktok, und der digitale Raum wird mit AfD-Propaganda geflutet. [...] So wird eine visuelle Hegemonie hergestellt, die den Eindruck einer Massenbewegung vermittelt.“ Aktive Fan-Accounts sind für die AfD und andere rechtsextreme Akteure damit besonders wichtig, um mit ihren Inhalten auch in weniger affinen Winkel der digitalen Öffentlichkeit vorzudringen (Bösch, 2023, S. 163).

Die Beiträge auf Digitalplattformen allgemein sind kurz und vereinfachend, polarisierend und emotionalisierend und damit auf die algorithmische Verbreitungsweise perfekt zugeschnitten (Hillje, 2022, S. 57). Im Gegensatz zu anderen politischen Akteuren müssen sich rechtsextreme Akteure für diese Art der Darstellung kaum verstellen (Schnabel & Berendsen, 2024, S. 14). Teilweise greift die extreme Rechte auf TikTok dabei nicht unbedingt auf TikTok-spezifische Ästhetiken zurück, sondern inszeniert sich bewusst als „out-group“ (Bösch, 2023, S. 163). Zusätzlich versuchen Rechtsextreme aber über das Anknüpfen an popkulturelle Phänomene weniger rechtsaffine Zielgruppen zu erreichen. So wird beispielsweise das Phänomen „Cottagecore“, Darstellungen einer betont naturverbundenen und femininen Welt, von rechtsextremer Seite angeeignet und im

Sinne eines ethnisch reinen Volkes umgedeutet (Schnabel & Berendsen, 2024, S. 45).

Als etwas geschlossenerer Raum fungiert Telegram. Hier tummeln sich eher bereits radikalisierte Unterstützer. Auftritte auf Telegram präsentieren sich teils ähnlich den rechten Alternativmedien im Internet mit pseudojournalistischem Anstrich, bei anderen Kanälen stehen Verbindungen zu realweltlichem Aktivismus oder teils Gewalt im Vordergrund (Bader, Müller & Rinsdorf, 2023, S. 260). Beziehungen zwischen den Kanälen entstehen insbesondere durch das Kuratieren, also das Auswählen von Inhalten von anderen Kanälen für den eigenen Kanal. Durchzogen sind rechtsextreme Kanäle auf Telegram von Bezügen zu Verschwörungsideologien, eine Szene, die auf dieser Plattform besonders präsent ist (Bader et al., 2023, S. 260).

So ergibt sich in der rechtsextremen Gegenöffentlichkeit ein mediales Eskalationskontinuum ähnlich wie das von Heitmeyer beschriebene Kontinuum für Rechtsextremismus insgesamt (s.o., Kapitel. 3.a.). Es reicht von Auftritten, die Anschluss finden an konservative oder auch libertäre Positionen über Auftritte der AfD bis hin zur rechtsextremen Alternativmedien und verschwörungsideologischen und sogar gewaltbereiten Gruppen.

4. Rechtsextreme Medienstrategien in einer defizitären politischen Öffentlichkeit

Anschließend stellt sich nun die Frage, inwieweit diese Medienstrategien von einer defizitären politischen Öffentlichkeit profitieren oder geradewegs auf ihr aufbauen. Nach einem kurzen Blick auf die wenigen empirische Untersuchungen dieser Frage soll anschließend eine eher systematisch-strukturelle Antwort versucht werden (a.). Weiterhin soll dann ein demokratiethoretischer Blick auf die rechtsextremen Medienstrategien geworfen werden, insbesondere in Hinsicht auf die Frage, inwieweit auf Basis des unterwanderten Diskurses demokratische Entscheidungen legitim sein können (b.).

a. Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen rechtsextremen Medienstrategien und massenmedialer Aufmerksamkeitslogik

Empirische Untersuchungen dazu, inwiefern eine defizitäre politische Öffentlichkeit den Erfolg rechtsextremer Medienstrategien begünstigt, sind spärlich gesät. Einige Untersuchungen gibt es zur Frage, ob der Erfolg mit der Berichterstattung in Boulevardmedien zusammenhängt. Aus ihnen ergibt sich aber keine eindeutige

Beweislage (Esser, Stepińska & Hopmann, 2018, S. 373; Holtz-Bacha, 2022, S. 457). Die Vermutung eines Zusammenhangs zwischen der massenmedialen Aufmerksamkeitslogik und der Logik der rechten Medienstrategien wird daher eher anhand von strukturellen Gemeinsamkeiten in Verbindung mit der Beobachtung empirischer Phänomene plausibel. Auf diese Weise argumentieren unter anderem Gäbler (2022), Hillje (2022), Holtz-Bacha (2022) und Esser et al. (2018) auf Basis von einigen anderen Untersuchungen.

Aufgrund des Strukturwandels der Öffentlichkeit ist die Berichterstattung der Massenmedien geprägt von Personalisierung, dem Außergewöhnlichen, Emotionalisierung, Dramatisierung und Konflikthaftigkeit. Die Selektion der Nachrichteninhalte funktioniert über genau diese Kriterien. Rechtsextreme Inhalte treffen hier einen Nerv: Sie sind selbst von strukturell ähnlichen Faktoren geprägt. Schon in seiner Art ist das oben dargestellte Provokationsmuster (Kapitel 3.c.) darauf ausgelegt, einen möglichst personalisierten Konflikt herauszustellen und in emotionaler und dramatischer Weise einzurahmen. Die Provokation soll genau das sein: außergewöhnlich. Insofern ist sie passgenau auf die massenmediale Funktionsweise ausgerichtet. Für Medien sind rechtsextreme Inhalte damit besonders interessant, versprechen sie sich selbst davon doch eine größere Verbreitung (vgl. Hillje, 2022, 48ff.). Diese strukturellen Gemeinsamkeiten beider Logiken bezeichnet Hillje folglich als „wechselseitige Affinität“ (2022, S. 50). Weil sich Rechtsextreme gegen den demokratischen Boden richten, auf dem die Massenmedien berichten, ausgestaltet durch die Grundrechte Meinungs- und Pressefreiheit, wird das Aufgreifen der Provokationen in den Massenmedien für diese aber zur „Aufmerksamkeitsfalle“ (Holtz-Bacha, 2022, S. 453).

Eine ähnliche wechselseitige Affinität wird im digitalen Raum sichtbar. Informationen, aus welcher Quelle oder Feder auch immer, werden auf digitalen Plattformen zunächst prinzipiell gleich behandelt (Becker, 2021, S. 153). Was demokratisch klingt, führt praktisch zu einer Gleichsetzung von rechtsextremer Agitation und seriösem Journalismus und ist letztlich ein den Plattformen eingeschriebenes False Balancing. Dieses wird weiter über algorithmische Logiken verstärkt, die nun diejenigen Inhalte bevorzugen, die sich am besten datenkapitalistisch verwerten lassen. In diesem aufmerksamkeitsökonomischen Wettbewerb haben wieder rechtsextreme Provokationen die besten Karten.

Obendrein profitieren rechtsextreme Bestrebungen zu einer Gegenöffentlichkeit vom Wegfall der journalistischen Schleusenfunktion auf den Plattformen. Das öffnet dem Erfolg dieser Gegenöffentlichkeit alle Türen. Ihre Inhalte können nun ohne jegliche Einordnung weiterverbreitet werden. (Hillje, 2022, S. 66) Zusätzlich „korrespondiert die selbständige Produktion und direkte Distribution von Inhalten in den Digitalmedien [...] mit der Ablehnung von gesellschaftlichen Vermittlungsinstanzen“ (Hillje, 2022, 70ff.), das heißt auch die rechtsextreme Inszenierung als

systemfremder Akteur wird durch den erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit begünstigt.

Weiterhin bedeutet die Digitalisierung eine stark beschleunigte Öffentlichkeit. Jedes Ereignis wird nun gewissermaßen in Echtzeit beschrieben und kommentiert. Der Einfluss hiervon auf die traditionelle, journalistische Berichterstattung ist unübersehbar. Getrieben von der entgrenzten Plattformkommunikation hat sich ein „Liveticker“-Journalismus etabliert. Auf Ereignisse muss sofort mittels einer „Eilmeldung“ reagiert werden. Ein einordnender, reflektierender, gewissermaßen besonnener Journalismus, der gerade gegenüber rechtsextremen Provokationen wertvoll wäre, bleibt dabei auf der Strecke. Ressourcen, ökonomischer wie zeitlicher Art, sind bei Nachrichtenproduzierenden wie Konsumierenden begrenzt. Das bedeutet, dass selbst dann, wenn journalistische Beiträge sich im Nachgang reflektiert mit einem Ereignis auseinandersetzen, eine ursprünglich wenig oder falsch eingeordnete Meldung nicht mehr vollständig eingefangen werden kann. „Irgendwas bleibt immer hängen“ kann deshalb das Motto von Desinformations- und Diffamierungskampagnen lauten.

Das neugestaltete Verhältnis von Privatsphäre und Öffentlichkeit wirkt als zusätzlicher Faktor im Sinne der rechtsextremen Medienstrategien. Schon in *Faktizität und Geltung* beschreibt Habermas die hieraus entstehenden Gefahren: „Je mehr in privaten Lebensbereichen die vergesellschaftende Kraft kommunikativen Handelns erlahmt und der Funke kommunikativer Freiheit erlischt, desto leichter lassen sich die derart voneinander isolierten und entfremdete Akteure in der beschlagnahmten Öffentlichkeit massenhaft formieren, unter Aufsicht stellen und plebiszitär in Bewegung setzen.“ (Habermas, 1998a, S. 446) Genuin private Lebensbereiche sind kaum mehr erkennbar. Auf digitalen Plattformen stehen sie öffentlichkeitswirksam neben politischen Bereichen.

Gleichzeitig findet der Konsum von Nachrichteninhalten stark individualisiert statt. Zum einen wird auf den digitalen Plattformen im Zuge der personalisierten Feeds die Auswahl der Beiträge individuell auf die User zugeschnitten. Auch wenn die Existenz von abgeschlossenen „Filterblasen“ wissenschaftlich umstritten ist (Hillje, 2022, 104f.), bedeutet das zu einem gewissen Grad eine Zersplitterung der gemeinsamen, gesamtgesellschaftlichen Informationsbasis. Zusätzlich erfolgt die Verarbeitung der Beiträge aufgrund der sich stets digitalisierenden Lebenszusammenhänge immer individueller. Die Rezeption findet nun nicht mehr in einem realweltlichen Lebenszusammenhang, sondern auch in digitalen Räumen statt. Hier wird die individuelle Reflektion von politischen Entscheidungen immer stärker beeinflussbar. Eine isolierte Nachrichtenrezeption bildet damit den Nährboden für den Erfolg der rechtsextremen Gegenöffentlichkeit.

Gerade auf lokaler Ebene lassen sich die Folgen dieser vereinzelter Rezeption gut beobachten. Lokale Zeitungen sind ökonomisch unter großen Druck geraten. Sie wurden und werden teils angegliedert an große Zentralredaktionen, die die lokale Berichterstattung dann aus ökonomischen Gründen auf ein Minimum zurechtstutzen. Teils müssen sie sogar ganz aufgegeben werden (Gäbler, 2022, S. 508). Eine zentrale Informationsgrundlage für Bürger*innen zu kommunalen und lokalen Themen, Fragestellungen und Ereignissen und damit das Licht, in welchem Bürger*innen lokalpolitische Entscheidungen reflektieren, bricht weg. Für rechtsextreme Agitation ist dies sicherlich die bestmögliche Basis. Empirische Untersuchungen stützen diese Argumentation: Eine Untersuchung in Baden-Württemberg stellt fest, dass in Gemeinden ohne lokaljournalistische Berichterstattung die AfD bei der Landtagswahl 2021 im Schnitt 1,6 Prozentpunkte mehr Wähler*innen auf sich vereinen konnte (Flößer, 2024).

b. Legitimationsproblem durch rechtsextreme Medienstrategien

Was bedeutet eine Situation, in der Provokation und rechtsextreme Gegenöffentlichkeit ihre manipulative Wirkung entfalten, aus demokratiethoretischer Sicht? Schließlich ist ein gelingender Diskurs in der Konzeption Habermas' kein Selbstzweck. Wenn also rechtsextreme Medienstrategien die politische Öffentlichkeit keinesfalls bereichern, sondern bestenfalls für ihre Zwecke – Provokation – missbrauchen oder im Sinne einer Gegenöffentlichkeit ganz ersetzen, bedeutet das für auf dieser Grundlage getroffene politische Entscheidungen letztlich die Entziehung ihrer Legitimationsgrundlage.

Es ist nun nicht so, dass der Diskurs mittels Provokationen und der Herausbildung einer rechtsextremen Gegenöffentlichkeit einfach nach rechts verschoben würde, wie das oft behauptet wird. Diese Position missversteht rechtsextreme Interaktionen mit der politischen Öffentlichkeit als mehr oder weniger legitime Diskursbeiträge und unterschätzt zweierlei: Zum einen den antidemokratischen Impetus, der den rechtsextremen Medienstrategien eingeschrieben ist, und zum anderen den Wahrheitsgehalt der strategischen Äußerungen der extremen Rechten. Es sollte jedenfalls nicht überraschen, dass es ernst gemeint ist, wenn Kubitschek von der „Beendigung der Party“ (s.o., Kapitel 3.b.) spricht.

Vielmehr führen Provokationen und Gegenöffentlichkeit das Diskursprinzip als Prinzip zur Verständigung in einer Gesellschaft ad absurdum. Gelingen diese Strategien, wird der Diskurs gewissermaßen so dysfunktional, dass von einem Diskurs im eigentlichen Sinn überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann; erst recht nicht von einem Diskurs, in welchem der rationale Austausch von Themen, Argumenten und Meinungen eine Grundlage für demokratisch-legitime Entscheidungen sein kann.

Das soll nicht behaupten, dass der Diskurs ohne diese Medienstrategien vollständig rational wäre. Gerade darauf weist ja letztlich der „(Erneute) Strukturwandel der Öffentlichkeit“ hin. Aber die Akteure sind bereit, an einem diskursiven Austausch in produktiver Weise teilzunehmen oder akzeptieren ihn zumindest als Ausdruck einer Demokratie. Argumente spielen dann eben schon eine Rolle, auch wenn mittels des Einsatzes von Macht- genauso wie ökonomischen Mitteln ungleicher Einfluss auf den Diskurs ausgeübt werden mag und die Diskursqualität hinter den Ansprüchen einer deliberativen Demokratie zurückbleibt. Ihre Medienstrategien zeigen, dass den Rechtsextremen diese grundlegende Bereitschaft fehlt.

Die Strategien nehmen Einfluss auf die zentralen Funktionen politischer Öffentlichkeit: Erstens die Meinungs- und Willensbildung der Bürger*innen, die keine diskursiven Aushandlungsprozesse mehr zur Grundlage nehmen kann; darauf aufbauend ist eine auf diese Weise entstellte Willensbildung eine schlechte Basis – die Schleusenfunktion der Willensbildung für die „diskursive Rationalisierung“ von politischen Entscheidungen (Habermas, 1998a, S. 364) ist gestört; und schließlich können Bürger*innen ihre für eine Demokratie so wichtige Kontrollmacht über die Regierung kaum mehr angemessen wahrnehmen, wenn in der politischen Öffentlichkeit rechtsextreme Agitation dominiert. Oder aus der anderen Richtung gedacht: Als Resonanzboden für legitime politische Entscheidungen kann die politische Öffentlichkeit damit nicht mehr dienen. Entscheidungen einer Demokratie, die nicht auf die Lebenswelt ihrer Bürger*innen gegründet sind, laufen Gefahr, an der Realität dieser Lebenswelt vorbeizugieren. Schlussendlich bedeutet das, dass das zentrale aufklärerische Moment, das Habermas mit der Rationalität der diskursiv getroffenen Entscheidungen der Konzeption von politischer Öffentlichkeit eingeschrieben hatte, nun gänzlich fehlt. Das sich hieraus ergebende demokratische Defizit wiederum kann rechtsextremen Bestrebungen einen ultimativen Vorwand liefern.

Für die Qualität von Diskursen haben rechtsextreme Medienstrategien verheerende Folgen. „Für die Strukturierung einer öffentlichen Meinung sind die Regeln einer *gemeinsam* befolgten Kommunikationspraxis von größerer Bedeutung“ als eine breite „Diffusion von Inhalten und Stellungnahmen durch effektive Übertragungsmedien“ (Habermas, 1998a, S. 438). Das heißt, gemeinsam befolgte Diskursregeln sind von größter Bedeutung für eine gelingende politische Öffentlichkeit. Rechtsextreme Medienstrategien basieren eben nicht auf Diskursregeln, sie missachten diese bewusst. Provokationen ersetzen kein Geben und Nehmen von Gründen im Sinne einer Herrschaft der besseren Argumente. Ihr Anliegen ist die Abschaffung der Diskursregeln. Damit konterkarieren sie die diskursive Freiheit, die ihnen zugestanden wird.

Eine Folge davon scheint schon jetzt sichtbar zu werden: Wenn das politische Entscheidungssystem nicht mehr auf lebensweltliche Resonanzräume aufbauen

kann, scheint es nahe zu liegen, auf andere Räume zu vertrauen, etwa auf Expertenrunden. Dann mag zwar nicht die Effektivität des politischen Systems beeinträchtigt sein, wohl aber seine Legitimität. Letztlich ist darin eine Verselbständigung des administrativen Systems gegenüber der politischen Öffentlichkeit zu sehen (vgl. Habermas, 1998a, S. 466).

Die Schlussfolgerung daraus für das politische System insgesamt liefert Habermas selbst:

Das politische System versagt, „wenn seine (wie immer auch effektiven) Entscheidung nicht mehr auf legitimes Recht zurückgeführt werden können. Der rechtsstaatlich regulierte Machtkreislauf wird außer Kraft gesetzt [...] Die Verselbständigung illegitimer Macht und die Schwäche von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit können sich zu einem ‚legitimatorischen Dilemma‘ zuspitzen, das sich unter Umständen mit dem Steuerungsstrilemma [Irrelevanz, Fehlsteuerung und Selbstdestruktion eines Systems] zu einem vitiösen Zirkel erweitert. Dann gerät das politische System in den Sog von Legitimitäts- und Steuerungsdefiziten, die sich wechselseitig verstärken.“ (Habermas, 1998a, 466f.)

5. Umgang mit rechtsextremen Medienstrategien

Angesichts dieser möglichen Folgen für eine Demokratie stellt sich nun die Frage danach, ob und wie eine deliberative Demokratie mit rechtsextremen Medienstrategien umgehen kann. Dahinter steht letztlich die Frage, ob es möglich ist, Habermas' Konzept zu verteidigen und gleichzeitig effektiv rechtsextremen Medienstrategien entgegenzutreten. Dafür werden im Folgenden mehrere Ansätze diskutiert: Zunächst die Frage, ob eine Behebung der aufgrund des Strukturwandels auftretenden Defizite der politischen Öffentlichkeit eine zielführende Maßnahme sein könnte (a.). Anschließend werden Anknüpfungspunkte diskutiert, die die Konzeption von politischer Öffentlichkeit selbst für einen erfolgsversprechenden Umgang bietet (b.). Zuletzt wird diskutiert, ob hierfür Erweiterungen der deliberativen Demokratietheorie benötigt werden (c.).

a. Behebung der Defizite der politischen Öffentlichkeit

Die These, dass bereits eine Behebung der Defizite politischer Öffentlichkeit einen wirksamer Umgang mit rechtsextremen Medienstrategien sei, ist letztlich auf der Vorstellung gegründet, dass es gerade diese Defizite sind, die die Medienstrategien überhaupt erst ermöglichen.

Hillje weist darauf hin, dass es bei dieser Frage entscheidend ist, Ursache und Wirkung zu unterscheiden. Es sei „viel zu kurzsichtig“, würde man „die Kommunikationsstrategie allein als Erklärung für den Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte wie der AfD“ heranziehen. Pointierter formuliert Nachtwey: „Den Algorithmen die Schuld zu geben, wäre in etwa, als würde man das Radio für Goebbels verantwortlich machen.“ (2017, S. 216) Hauptursächlich für diesen Aufstieg seien, so fasst Hillje zusammen, „ökonomische, kulturelle und soziale Folgewirkungen von Prozessen der Globalisierung und damit zusammenhängende Schlüsselereignisse (zum Beispiel globale Wirtschaftskrisen oder Migrationsbewegungen)“. Gleichzeitig meint er: „Doch erst durch den Einsatz eines [...] Kommunikationsinstrumentariums [...] kann eine Partei auf Basis der gesellschaftlichen Umstände politische Unterstützung mobilisieren.“ (Hillje, 2022, 73f.)¹⁷

Es mag sein, dass eine funktionierende politische Öffentlichkeit die Gefahr, die von rechtsextremen Akteuren ausgeht, nicht vollständig bannen kann. Rechtsextreme Akteure und Einstellungen in der Bevölkerung haben eine lange Historie und dürften kaum über Nacht verschwinden. Nachtwey und Hillje übersehen aber, dass die von ihnen identifizierten Hauptursachen in einer funktionierenden politischen Öffentlichkeit anders bearbeitet würden. Wie auch immer eine solche politische Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter konkret ausgestaltet sein könnte, es darf jedenfalls angenommen werden, dass Themen dann zielgerichteter, differenzierter und einordnender dargestellt, diskutiert und schließlich politisch gestaltet würden.

Damit könnte eine funktionierende politische Öffentlichkeit positiven Einfluss auf die Ursachenseite nehmen. Gerade das Thema Migration, das Hillje hier als Beispiel aufgreift, leidet besonders unter einem Diskurs, in dem selten differenziert und konstruktiv argumentiert und dafür umso intensiver von mitte-rechter bis rechtsextremer Seite pauschalisiert und diffamiert wird. Konstruktive politische Ansätze sind auf dieser Basis kaum ersichtlich (Schayani & Wilms, 2024). Nachtwey meint: „Wer den Eindruck hat, gesellschaftlich ausgeschlossen zu sein, verliert das Gefühl der Selbstwirksamkeit.“ (Nachtwey, 2017, S. 229) Eine gelingende politische Öffentlichkeit, die produktive politische Kräfte freisetzen würde, könnte das Vertrauen in politische Institutionen und damit auch das Vertrauen in die Wirksamkeit der eigenen Stimme in der Öffentlichkeit wiederherstellen. Selbstwirksamkeit ist ja eigentlich Wesenskern einer demokratischen Öffentlichkeit, in der Menschen eben selbst über die gesellschaftliche Ordnung, in der sie leben wollen, bestimmen können (dazu auch Rosa, 2023, 362ff.). Eine funktionierende Öffentlichkeit könnte das Gelingen eines Diskurses, die Freude an echtem

¹⁷ Hillje spricht hier von rechtspopulistischen Akteuren. In der folgenden Argumentation wird angenommen, dass dem Aufstieg rechtsextremer Akteure ähnliche Ursachen zugrunde liegen.

Argumentieren und letztlich die Wirksamkeit von Demokratie selbst erlebbar machen.

Wie oben dargestellt, profitieren rechtsextreme Provokation und Gegenöffentlichkeit in besonderem Maße von einer defizitären Öffentlichkeit. Es dürfte daher weniger umstritten sein, dass eine funktionierende politische Öffentlichkeit auf Wirkungsseite rechtsextremer Medienstrategien einigen Eindämmungseffekt erzielen würde. Wenn Medien ihre Berichterstattung nicht an ökonomischen oder plattformalgorithmischen Verwertungszusammenhängen ausrichten müssten, könnten sie auf Provokationen wesentlich besonnener reagieren. Eine solche Berichterstattung würde Provokationen als Strategie benennen und in größere politische Zusammenhänge einordnen. Das Interesse an Provokationen müsste so schrittweise zum Erliegen kommen. Damit würde sich die mediale Reaktion an die einzige Sprache annähern, die gegenüber Provokationen Abhilfe verspricht: „Noch nicht einmal ignorieren.“ Denn eine Provokation ohne Aufmerksamkeit ist keine Provokation.

Zentrale Anliegen der Rechtsextremen und ihre Vorstellungen zu Ethnopluralismus mit all dessen antidemokratischen und rassistischen Implikationen könnten entlarvend dargestellt werden, anstatt in einer immer wiederkehrenden Aufregungsmühle zu kreiseln. Eine rechtsextreme Gegenöffentlichkeit, die darauf ausgerichtet ist, den demokratischen Diskurs zu ersetzen, wäre bereits strukturell unmöglich gemacht. Denn das Interesse an rechtsextremen Alternativmedien müsste sich in einer umfassend informierten Öffentlichkeit in Grenzen halten.

Ein Restproblem aber bleibt, denn: Auch wenn wir nun davon ausgehen, dass eine Behebung der Defizite politischer Öffentlichkeit die Wirkmacht von rechtsextremen Medienstrategien stark einschränken könnte, so bleibt ein grundsätzliches Problem nach wie vor ungelöst: Wie kann demokratisch mit Akteuren umgegangen werden, die demokratische Diskurse bewusst zerstören wollen?

b. Eine „wehrhafte“ deliberative Demokratie?

Zur Annäherung an eine Antwort auf diese Frage sollen im Folgenden zwei Vorstellungen der deliberativen Demokratietheorie diskutiert werden, die jenseits der Behebung der defizitären Öffentlichkeit Anknüpfungspunkte für einen demokratischen Umgang mit rechtsextremen Medienstrategien darstellen könnten. Häufig kombinieren Ansätze die Stärkung der demokratischen Verfasstheit mit der gezielten Abwehr von rechtsextremistischen Medienstrategien.

Als typische Lösung für die Stärkung einer Demokratie gilt einigen Autor*innen politische Bildung und eine „vitale Bürgergesellschaft“, so auch Habermas (z.B. Habermas, 1998a, S. 449).¹⁸ Darunter werden nicht nur schulische

¹⁸ Ähnliches schlägt beispielsweise Beelmann (2023, S. 41) vor.

Bildungsangebote verstanden, sondern auch gesellschaftliche Angebote beispielsweise von Vereinen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Angesichts der eher als akut einzuschätzenden rechtsextremen Bedrohung erscheint die eher langfristig angelegte Investition in politische Bildung als zentrales Gegenmittel zwar sinnvoll und wichtig, aber auch als unbefriedigend. Insofern werden im Folgenden zwei Ansätze diskutiert, die kurzfristige Wirkung zu entfalten versprechen. Zum einen ist das die Forderung nach mehr Transparenz (i.). Anschließend wird diskutiert, unter welchen Voraussetzungen auf Basis von Habermas' Konzeption auch ein Ausschluss von Rechtsextremen aus der politischen Öffentlichkeit möglich wäre (ii.).

i. Transparenz

Einen Anhaltspunkt für diese Forderung nach Transparenz medialer wie politischer Verfahren bietet Habermas selbst und er scheint einige Hoffnung in diesen Ansatz zu setzen, wenn er schreibt: „Öffentliche Meinungen, die nur dank eines nicht-deklarierten Einsatzes von Geld oder Organisationsmacht lanciert werden können, verlieren ihre Glaubwürdigkeit, sobald diese Quellen sozialer Macht publik gemacht werden.“ (Habermas, 1998a, S. 441) Insofern ist eine Art Transparenzgebot ableitbar aus seiner Konzeption politischer Öffentlichkeit.

Habermas sieht die Notwendigkeit von Transparenz bei denjenigen Akteuren, die für die politische Öffentlichkeit eine besondere Bedeutung entfalten, vor allem Parteien und Medien. Diese sollten ihrem inneren Aufbau nach demokratisch verfasst sein und parteiinterne Prozesse genauso wie wirtschaftliche Abhängigkeiten transparent nach außen hin darstellen. Gleiches sollte für Medienunternehmen gelten. (Vgl. Habermas, 1990, 310f.) Die Forderung nach Transparenz ist heute immer noch nicht eingelöst. Beispielsweise erscheint es sinnvoll und könnte ihre Glaubwürdigkeit erhöhen, würden Journalist*innen ihre Arbeitsweisen und den Umgang mit Quellen darstellen. Zusätzlich könnten Medien ihre Kriterien für die Auswahl von Nachrichten transparent machen, um ihrer einordnenden Rolle etwa von rechtsextremen Ideologien besser gerecht zu werden. Mit diesen Vorschlägen verbindet sich die Hoffnung, Medien gegen eine rechtsextreme Gegenöffentlichkeit zu stärken. Ein transparenter Journalismus macht seine Arbeitsweisen öffentlich einsehbar und so kritisierbar. Das bedeutet, dass auch die Wirkweise von Provokationen transparenter für eine kritische Öffentlichkeit würde.

Gleiches gilt für die Plattformlogiken. Würden die Algorithmen transparent veröffentlicht, ließen sich ihre Auswahlkriterien von einer kritischen Öffentlichkeit hinterfragen und unter Umständen schrittweise demokratisieren. Auf diese Weise könnten auch rechtsextreme Medienstrategien noch genauer analysiert und in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dass eine transparente Öffentlichkeit auch im digitalen Raum möglich ist, veranschaulicht die Wissensplattform Wikipedia. Gerade

weil transparent ist, wer wann welche Information hinzugefügt oder löschen wollte, ist das Vertrauen in die dort präsentierten Informationen gestiegen, sodass es Wikipedia für die meisten Themenbereiche gelingt, zuverlässige Informationen bereitzustellen (Dobusch, 2023).

Insgesamt aber erscheint es zweifelhaft, ob mittels Transparenz rechtsextreme Medienstrategien effektiv zurückgedrängt werden könnten. Einem Fachpublikum sind die Strategien ohnehin bekannt. Zurecht wird in aktueller Literatur deshalb häufig auf die Ambivalenz von Transparenzforderungen hingewiesen (u.a. Fleuß, 2019; Watzinger, 2022; Wendelin, 2020). So unterscheidet Watzinger Transparenz von Individuen, die sie für sehr gefährlich hält, von Transparenz von Staaten oder Institutionen (Watzinger, 2022, 159f.). Nun ist mit den hier beschriebenen Transparenzforderungen keinesfalls die Forderung nach einem „gläsernen Bürger“ gemeint. Aber auch gegenüber Staaten argumentiert sie ähnlich wie Fleuß, dass ein Übermaß an Transparenz auch schädlich sein könnte. Transparenz führe nicht automatisch zu einem Mehr an Beteiligung, sondern könne sogar unproduktiv wirken (Watzinger, 2022, S. 157). Denn es seien gerade die nicht-öffentlichen Deliberationen, in denen besonders qualitätsvolle öffentliche Meinungen sozusagen frei vom öffentlichen Druck entstehen können. Fleuß betont auf ähnliche Weise die besondere sozialintegrative Leistung von vor der Öffentlichkeit verborgener Kommunikation (Fleuß, 2019, S. 131).

Jedenfalls bedeutet ein Mehr an Transparenz stets auch ein Mehr an Informationen, die von der politischen Öffentlichkeit verarbeitet werden müssen. Diesem Mehr an Informationen steht aber eine begrenzte Aufmerksamkeit von Bürger*innen gegenüber, die von der großen Pluralität von Informationsangeboten ohnehin herausgefordert wird. Informationen müssen stets auch wahrgenommen werden können, und zwar nicht nur von einer Informations- und Bildungselite, sondern von so vielen Bürger*innen wie möglich. Daher könnte der „information overload“, der mit öffentlicheren medialen und politischen Prozessen einhergehen dürfte, die Integrationsfunktion von politischer Öffentlichkeit gefährden (Wendelin, 2020, S. 24).

Auf diese Weise kann Transparenz kaum zu einem Allheilmittel gegenüber rechtsextremen Medienstrategien werden. Letztlich verspricht die Stoßrichtung von Transparenz eher, das Vertrauen von kritischen oder unzufriedenen Bürger*innen in Politik und Medien zurückzugewinnen, als dass diejenigen, die beispielsweise den Medien zugrunde liegende liberale Werte wie Pressefreiheit und Meinungsfreiheit und den Diskurs als Prinzip an sich rundheraus ablehnen, überzeugt werden könnten. Damit bleibt die Wirkmacht von Transparenz hinter dem Anspruch zurück, effektiv gegen rechtsextreme Medienstrategien vorgehen zu können.

ii. Wenn Argumente keine Rolle mehr spielen

Mehr Effektivität verspricht ein vieldiskutierter Ausschluss der Rechtsextremen von Diskursen. Dieser wirkt im Gegensatz zur Transparenzforderung auch deshalb attraktiv, weil er noch direkter bei den eigentlich problematischen Rechtsextremisten selbst ansetzt. Folgt man den Vorstellungen deliberativer Demokratie, erscheint ein solcher Ausschluss allerdings zunächst problematisch: Habermas' Konzept von politischer Öffentlichkeit ist von einem Prinzip der grundsätzlichen Offenheit geprägt. Beratungen sollen „inklusiv und öffentlich [sein]. Im Prinzip darf niemand ausgeschlossen werden.“ (Habermas, 1998a, S. 370) Es müsse eine „Offenheit für konkurrierende Meinungen und eine repräsentative Meinungsvielfalt gewahrt werden“, so Habermas weiter (1998a, S. 445). Im Gegenteil sollen „Ausschlussmechanismen des Foucaultschen Typs“, also Diskursmechanismen, die weniger mächtige Teilnehmende ausschließen, durch liberale Bürgerrechte verhindert werden (Habermas, 1998a, S. 452).

Was bedeutet das nun für diejenigen, die sich an diese Regeln nicht halten, die also die prinzipielle Offenheit des Diskurses missbrauchen? Meint die Offenheit also auch eine Offenheit für Systemfeinde? Denn gleichzeitig soll sich der Grad der Legitimität einer öffentlichen Meinung gerade danach richten, inwieweit sie unter formalen Diskursregeln zustande gekommen ist (Habermas, 1998a, 438f.). Danach sind die mittels rechtsextremer Medienstrategien lancierten Äußerungen also gerade keine legitimen Meinungen. Habermas' Modell scheint aber an dieser Stelle folgenlos zu sein, es wirkt seltsam passiv. Und das, obwohl er selbst um die Gefährlichkeit rechtsextremer Bestrebungen weiß (Habermas, 2020, 15f.). Dennoch ist auf Basis seines Modells eine differenzierte Sichtweise zu einem Ausschluss möglich.

In den Mittelpunkt einer Verständigungssituation setzt Habermas ein „gegenseitige[s] Zugeständnis kommunikativer Freiheit“ (Habermas, 1998a, 436f.). Rechtsextreme beanspruchen diese kommunikative Freiheit für sich. Zentral wichtig für Habermas und für die Möglichkeit, überhaupt in eine produktive Gesprächssituation zu treten, ist aber ein Moment von Reziprozität, eben von Gegenseitigkeit. Das heißt, dass es überall dort, wo Rechtsextreme die ihnen zugestandene Freiheit gegen die Freiheit anderer verwenden, logisch und im Sinne dieser Reziprozität erscheint, ihnen im Anschluss diese kommunikative Freiheit zu entziehen.

„Worte können sein wie winzige Arsendosen; sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da“, schrieb Victor Klemperer über die Sprache im Nationalsozialismus (Klemperer 1947, S. 26, zit. n. Swiderski, 2023, S. 103). Im Anschluss daran soll eine kurze Metapher den Ausschluss auf Basis des Reziprozitätsprinzips verdeutlichen:

Eine Gesellschaft wird zu einer großen Tafel eingeladen. Der böse Großvater hält diese Zusammenkünfte für unsinnig, überhaupt kann er die anderen Gäste nicht leiden.¹⁹ Um dieses und alle zukünftigen Treffen zu sabotieren, kündigt er an, Gift unter das Essen zu mischen, aber niemand glaubt ihm. Das Treffen findet statt. Also mischt der Großvater Brechmittel unter das Essen. Nach einiger Zeit wirkt das Mittel und beendet das Treffen. Der böse Großvater bekennt sich dazu, Brechmittel unter das Essen gemischt zu haben. Die anderen Gäste reagieren unterschiedlich: Einige wollen den Großvater zum Koch machen. „Dann würde er den Wert solcher Treffen und des kostbaren Essens schon verstehen“, argumentieren sie.²⁰ Andere wollen ihm entgegenkommen: „Vielleicht hat ihm das Essen ja nicht geschmeckt oder er fand die anderen Gäste blöd“, meinen sie, laden einige Gäste, die der Großvater tatsächlich blöd fand, aus und kochen Großvaters Lieblingsgericht.²¹ Wieder vergiftet der Großvater das Essen und das Treffen geht schneller als gedacht zu Ende.

Was wäre die einzig effektive Reaktion auf das Verhalten des Großvaters? Offensichtlich ihn auszuladen und seine Teilnahme zu verhindern. Ähnlich muss die Reaktion in der politischen Öffentlichkeit sein. Rechtsextreme, die immer und immer wieder Meinungsfreiheit, Sendezeit und Bühnen für sich beanspruchen, um mit Provokationen und einer rechtsextremen Gegenöffentlichkeit den demokratischen Diskurs und damit die kommunikative Freiheit anderer zu sabotieren, verwirken ihr Recht darauf, an der politischen Öffentlichkeit beteiligt zu sein.

Dass so eine Art des Ausschlusses effektiv im Sinne einer Demokratie sein kann, bestätigt das empirische Beispiel Belgien. In der Region Flandern sind Rechtsextremisten besonders stark. In der Region Wallonien dagegen konnte trotz vergleichbarem soziopolitischen Kontext ein Aufstieg von Rechtsextremisten dank eines schon in den 90er-Jahren vereinbarten Cordon sanitaire der Medien verhindert werden (Jonge, 2021). Diese Art des Umgangs ist aber nicht nur effektiv. Effektivität als einziges Kriterium für eine solche Maßnahme griffe wesentlich zu kurz. Als Maßnahme muss dieser Ausschluss demokratischen Legitimitätskriterien genügen. Aber auch das scheint unter der Voraussetzung möglich zu sein, dass das oben genannte Reziprozitätskriterium beachtet wird. Der Ausschluss bezieht sich ja nicht allgemein auf uninformierte oder rechtsextreme Äußerungen. Eine politische Öffentlichkeit muss alle Arten von Äußerungen, solange diese jedenfalls die Grenzen der Meinungsfreiheit beachten, dulden können. Dieses Gebot kann zunächst auch extreme Meinungen abdecken. Nur handelt es sich eben bei den rechtsextremen Medienstrategien und den in diesem Sinne getätigten Auftritten und Äußerungen

¹⁹ Die Figur eines Großvaters als Bild soll keinesfalls altersdiskriminierend wirken, sondern greift lediglich die lange Kontinuität rechtsextremer Vorstellungen „aus großväterlichen Zeiten“ auf.

²⁰ Analog dazu scheint die Fehleinschätzung von Franz von Papen gelaufen zu sein: „In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht!“, zu Aktualitätsbezügen dieser Argumentation siehe Heimann (2024).

²¹ Ähnlich vielleicht die Forderungen nach „mehr Abschiebungen“ oder gegen „woken Aktivismus“.

gerade nicht um öffentliche Meinungen. Provokation und Gegenöffentlichkeit setzen bewusst darauf, dass ein Widerspruch nicht möglich ist. Mit Popper gesprochen könnte man auch sagen: Sie gehen keinerlei Falsifikationsrisiko ein. Sie sind letztlich argumentativ nicht bekämpfbar.

Der Ausschluss wirkt damit zunächst ähnlich wie die pauschalere Ansicht, die in der Einleitung kurz angerissen wurde, also wie eine argumentative Kapitulation. Das ist sie aber nicht. In Situationen, in denen von rechtsextremer Seite Argumente vorgetragen würden, müsste darauf argumentativ geantwortet werden können. Nur werden im Sinne rechtsextremer Medienstrategien eben keine Argumente vorgetragen. Der hier vorgeschlagene Ausschluss ist damit kein leichtfertiger Ausschluss und darf es auch nicht sein, wenn er demokratiethoretischen Legitimitätsansprüchen genügen will.

Damit bedeutet der hier vorgeschlagene Weg keine Einschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit. „Reden mit Rechten“ (Leo, Steinbeis & Zorn, 2017) kann aber nur funktionieren, wenn diese legitime öffentliche Meinungen in den Diskurs einbringen. Dann kann man solchen Positionen im Sinne Schulz von Thuns auch mit Verstehen oder Verständnis gegenüberreten:

„In dem Bemühen, Grenzen zu setzen und Brücken zu bauen (beides!), hilft mir die klare Unterscheidung von Verstehen, Verständnis und Einverständnis. Es lohnt sich den anderen verstehen zu wollen – im Sinne von: Ich will erst mal nur verstehen, wie es gemeint ist und aus welcher Ecke der Wind weht –, ganz unabhängig davon, ob ich dem etwas abgewinnen kann. Darüber hinaus kann ich für die Sichtweise des anderen eventuell auch Verständnis aufbringen, im Sinne von: Ich halte es für möglich und für menschlich, dass man in Ihrer Situation so denkt, fühlt und handelt – auch wenn ich selber dieser Haltung nicht zustimmen kann. Das heißt: Verständnis ja, aber kein Einverständnis!“ (Pörksen & Schulz von Thun, 2020, 97f.)

Eine allzu libertär verstandene Meinungsfreiheit aber verkehrt sich in ihr Gegenteil, wenn die rechtsextreme Intoleranz für andere Auffassungen die Oberhand gewinnt. Gegenüber rechtsextremistischen Strategien muss deshalb eine Toleranzgrenze eingezogen werden, bei der ein Brückenbau „aussichtslos und geradezu absurd“ wird, wie Schulz von Thun auch zugesteht (Pörksen & Schulz von Thun, 2020, S. 100). Ziel ist beim hier vorgeschlagenen Ausschluss also eine Strafbewehrung der Diskursregeln und damit eine wehrhafte deliberative Demokratie im Sinne eines Schutzes derjenigen, die sich an einem demokratischen Austausch beteiligen wollen.

Mehrere Einschränkungen sind bei diesem Ausschluss zu beachten: Zum einen darf er keinesfalls ausufernd angewendet werden. Denn nur unter der Beteiligung aller möglicherweise von einer Entscheidung Betroffenen kann das Diskursmodell ein

Moment von Rationalität bewahren. Der hier vorgeschlagene Ausschluss sollte dieses Moment bewahren. Eine Homogenisierung sozialer genauso wie gedanklicher Räume durch „Zonierung“ sollte unbedingt vermieden werden (Reis, 2022, 617f.). Sonst würde die Integrationsfunktion politischer Öffentlichkeit bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

Zum anderen ist dieser Ausschluss keineswegs exklusives Mittel. Gerade als kurzfristige Strategie verspricht der Ausschluss effektiv zu wirken. Langfristig sollten politische Bildung und die Herstellung einer gelingenden politischen Öffentlichkeit im Zentrum der strategischen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus stehen. Das von Habermas skizzierte Modell ist hier nach wie vor attraktiv. Der vorgeschlagene Ausschluss soll zeigen, dass sich Habermas' Modell in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Medienstrategien etwas erweitern und gleichzeitig verteidigen lässt, ohne an demokratischer Legitimität einbüßen zu müssen.

c. Emotionen und eine resonante Öffentlichkeit

Einige Autor*innen fordern, auf die enthemmte rechtsextreme Öffentlichkeit mit eigener Emotionalisierung zu entgegnen – so klassischerweise Mouffe, wenn sie für einen „linken Populismus“ plädiert. Das bedeutet aber letztlich, dass man der rechten bis rechtsextremen Vorstellung von Politik als Kampf zwischen Freund und Feind folgt. Durch eine linke Emotionalisierung würden diskursive Aushandlungsprozesse dann von beiden Seiten aufgerieben. Eine so konstituierte Öffentlichkeit würde der Erosion von Demokratie und ihren Institutionen weiteren Vorschub leisten. (Meiering, 2022a, 14ff.) Allerdings basieren Mouffes Vorstellungen eher auf einem antagonistischen Gesellschaftsmodell als auf einem prozeduralen, kommunikativen Verständnis von Demokratie.

Gedanklich näher an Habermas' Demokratietheorie ist Hartmut Rosa. Er kritisiert seinerseits, dass eine sehr rational gedachte politische Öffentlichkeit wie bei Habermas „die ‚viszeralen‘, leiblichen und sinnlichen Qualitäten, welche im Begriff der *Stimme* mit angelegt und für das Verständnis des tatsächlichen demokratischen Geschehens von großer Bedeutung sind“, ausklammert (Rosa, 2023, S. 367, Hervorh. im Original). Zeitdiagnostisch meint er: „(Zynisches) *Lachen über* und *Schreien gegen* sind nicht nur undemokratische oder zumindest nichtdemokratische Ausdrucksformen, sondern sie zeigen auch beide einen repulsiven Beziehungsmodus an und machen deutlich, dass der Resonanzdraht zwischen Bürgern und Politik gerissen ist.“ (Rosa, 2023, S. 375, Hervorh. im Original)

Dabei deutet Rosa bestenfalls an, wie demokratische Politik als Resonanzraum hergestellt werden kann (Rosa, 2023, S. 380). Vorstellbar wäre es, zunächst individuelle Emotionen als Bedürfnisartikulationen ernst zu nehmen. Ein in diesem Sinne konstruktiv gestalteter Journalismus könnte also aus einer auf Fakten beruhenden Beobachterrolle Emotionen und Bedürfnisse aller Beteiligten aufzeigen

und darauf aufbauend auch Lösungswege aufzeigen.²² Das aber bedeutet bereits eine rationale Verarbeitung von Emotionen. Zu öffentlichen Meinungen verdichtete Äußerungen müssen begründbar bleiben, wenn auf dieser Basis getroffene Entscheidungen die Vermutung von Vernunft weiterhin für sich beanspruchen können wollen. Dieses für Habermas zentrale Vernunftmoment erscheint besonders erhaltenswert.

6. Fazit

Einige Konkretisierungen blieben vorliegend unklar und damit weiteren Betrachtungen überlassen. Das betrifft insbesondere den konkreten Weg hin zu einer gelingenden politischen Öffentlichkeit. Wer oder was kann hier den Anstoß geben? Welche Schritte sind dann nötig? Zu einer durchgreifenden Demokratisierung der Digitalplattformen beispielsweise scheint die EU, die hier am wirkmächtigsten handeln könnte, nicht durchsetzungsstark oder willens genug. Einzelne Regulierungen wie der Digital Services Act (DSA) können jedenfalls weiterreichende Optionen nicht ersetzen. Vorstellbar wären vielzählige Maßnahmen bis hin zu einer Enteignung der Digitalplattformen. Einen kleinen Hoffnungsschimmer stellen Bestrebungen dar, den deutsch-französischen Sender Arte zu einem europäischen Sender auszubauen (Hartung, 2024).

An manchen Stellen wären darüber hinaus empirische Betrachtungen interessant. Dazu gehört die Frage, inwieweit aktuelle Diskurse von rechtsextremen Medienstrategien beeinflusst werden und wie dadurch irrationale politische Entscheidungen zustande kommen. Weiterer Ausgestaltung bedarf der vorgeschlagene Ausschluss. Wer müsste diesen implementieren? Und wie gelingt es, wer kontrolliert es, dass die Balance zwischen dem Schutz eines demokratischen Diskurses und der Beteiligung möglichst vieler gewahrt bleibt?

Zeigen konnte die vorliegende Analyse, dass rechtsextreme Medienstrategien im Kern antidemokratisch sind. Mit der Vorstellung einer diskursiv hergestellten politischen Öffentlichkeit sind sie unvereinbar. Auch ideologisch lehnen Rechtsextremist*innen die Vorstellung eines kommunikativen Prinzips zur Verständigung einer pluralen Gesellschaft rundheraus ab. Die Medienstrategien sind unter anderem deshalb so erfolgreich, weil sie in einem defizitären öffentlichen Umfeld agieren. Aufbauend auf dieser Analyse wurde vorgeschlagen, den

²² Einen Ansatzpunkt hierfür könnte das Modell gewaltfreier Kommunikation von Marshall Rosenberg bieten. Der von Rosenberg vorgeschlagene Vierschritt aus der Artikulation von Beobachtungen, Gefühlen, Bedürfnissen und schließlich Lösungen bedeutet letztlich eine Rationalisierung von Emotionen, für einen Überblick siehe Hubert (2022).

Medienstrategien kurzfristig mittels eines Ausschlusses auf Basis der eben nicht gegenseitig zugestandenen kommunikativen Freiheit zu entgegnen. Dies sollte kombiniert werden mit dem langfristigen Projekt der Herstellung einer politischen Öffentlichkeit nach Habermas' Modell. Gegen die rechtsextreme Logik eines Freund-Feind-Denkens lohnt es sich deshalb, dieses Modell zu stärken (vgl. Ruppert-Karakas, 2024). Denn es erscheint trotz oder gerade wegen der vielfältigen Herausforderungen von nationalen wie internationalen antidemokratischen Kräften besonders verteidigungswert als auf produktive Ergebnisse ausgerichtetes und dennoch integratives Gesellschaftsideal.

7. Literaturverzeichnis

- Amadeu-Antonio-Stiftung. (2020). *Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien*. Berlin.
- Andrae, J. (2022). Antisemitismus im Compact-Magazin: eine Analyse der Diskursstränge um die Krisen der Asyl- und Migrationspolitik 2015/16 und der Covid-19 Pandemie 2020. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 21(2022), 110–127.
<https://doi.org/10.3224/zrex.v2i1.07>
- ARTE. (2023). *Dopamin - Tiktok - Die ganze Doku*. Verfügbar unter:
<https://www.arte.tv/de/videos/106608-004-A/dopamin/>. Zuletzt geprüft am 22.05.2024.
- Baader, M. S. (2020). Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In U. Binder & J. Oelkers (Hrsg.), *„Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts“*. *Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen* (S. 129–154). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29192-1_9
- Bader, K., Müller, K. F. & Rinsdorf, L. (2023). Zwischen Staatskepsis und Verschwörungsmythen. Eine Figurationsanalyse zur kommunikativen Konstruktion von Gegenöffentlichkeiten auf Telegram. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 71(3-4), 248–265.
<https://doi.org/10.5771/1615-634X-2023-3-4-248>
- Becker, A. (2021). Die wollen nicht reden ... Über die digitale Manipulierbarkeit von Diskursen. In S. Farrokhzad, T. Kunz, S. M. Oulad M'Hand & M. Ottersbach (Hrsg.), *Migrations- und Fluchtdiskurse im Zeichen des erstarkenden Rechtspopulismus* (S. 143–162). Wiesbaden: Springer VS.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-32498-8_7
- Beelmann, A. (2023). Ursachen des Rechtsextremismus. Modelle, Faktoren und Präventionsmöglichkeiten. In S. Müller-Teusler & D. Gaus (Hrsg.), *Rechtsextremismus: erkennen – enthüllen – entgegen* (1. Auflage, S. 28–47). Weinheim: Juventa Verlag.
- Benz, W. (2018, 10. Oktober). Analyse des Historikers Wolfgang Benz: Wie Gauland sich an Hitlers Rede anschmiegt. *Der Tagesspiegel*. Verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/wie-gauland-sich-an-hitlers-rede-anschmiegt-5534521.html>
- Blome, T. (2024, 11. Mai). Politische Inhalte auf Instagram: Wer Algospeak versteht, weiß dann Bescheid. *Die Zeit*. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/kultur/2024-05/politische-inhalte-instagram-einschraenkung-meinungsfreiheit/komplettansicht>
- Bornmann, M. (2024, 10. Januar). Geheimplan gegen Deutschland. *correctiv.org*. Verfügbar unter: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>
- Bösch, M. (2023). Alternative TikTok Tactics: How the German Right-Wing Populist Party AfD Plays the Platform. In L. Pérez Rastrilla, P. Sapag M. & A. Recio García (Hrsg.), *Fast Politics: Propaganda in the Age of TikTok* (The Language of Politics, S. 149–167). Singapore: Springer.
https://doi.org/10.1007/978-981-99-5110-9_8
- Braun, S., Geisler, A. & Gerster, M. (Hrsg.). (2016). *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten* (SpringerLink Bücher, 2., aktualisierte und erweiterte Aufl. 2016). Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01984-6>
- Breidscheid, D. (2022). Martin Lichtmesz: Die Hierarchie der Opfer. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 375–383). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Brunkhorst, H., Kreide, R. & Lafont, C. (Hrsg.). (2011). *Habermas-Handbuch*. Stuttgart: Verlag J.B. Metzler.

- Bundeszentrale für politische Bildung (2022, 31. Januar). "Es geht um Einfluss auf die Köpfe" – Das Institut für Staatspolitik. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik/>
- Dachwitz, I. (2023, 8. Juni). Das sind 650.000 Kategorien, in die uns die Online-Werbeindustrie einsortiert. *netzpolitik.org*. Verfügbar unter: <https://netzpolitik.org/2023/microsofts-datenmarktplatz-xandr-das-sind-650-000-kategorien-in-die-uns-die-online-werbeindustrie-einsortiert/>
- Dahlberg, L. (2014). The Habermasian Public Sphere and Exclusion: An Engagement with Poststructuralist-Influenced Critics. *Communication Theory*, 24(1), 21–41. <https://doi.org/10.1111/comt.12010>
- Damaros, M. von (2022). Sezession Nr. 88: „Volk“. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 359–374). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Dobusch, L. (2023). *Festrede zu Reform und Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Neues aus dem Fernsehrat (103)*. Verfügbar unter: <https://netzpolitik.org/2023/neues-aus-dem-fernsehrat-103-festrede-zu-reform-und-zukunft-des-oeffentlich-rechtlichen-rundfunks/>. Zuletzt geprüft am 15.06.2024.
- Donges, P. & Jarren, O. (2017). Strukturen politischer Kommunikation III: Politische Öffentlichkeit. In P. Donges & O. Jarren (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung* (Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft, 4. Auflage, S. 75–98). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16572-7_5
- Eichler, H. (2022). *Journalismus in sozialen Netzwerken. ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?* Frankfurt: Otto-Brenner-Stiftung. Verfügbar unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH110_OE_RM_Soziale_Netzwerke.pdf
- Erb, S., Heubl, B., Kahn, L., Kampf, L. & Ludwig, K. (2024, 6. Juni). AfD in den Kommunen: Das Kreuz mit den Rechten. *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/afd-rechtsextremismus-kommunalwahlen-identitaere-bewegung-e399845/>
- Esser, F., Stępińska, A. & Hopmann, D. N. (2018). Populism and the Media. Cross-National Findings and Perspectives. In T. Aalberg, F. Esser, C. Reinemann, J. Strömbäck & C. de Vreese (Eds.), *Populist political communication in Europe* (Routledge research in communication studies, vol. 1, S. 365–380). London: Routledge Taylor & Francis Group.
- Fleuß, D. (2019). Zur Balance von Transparenz und Verborgenheit: das komplementäre Verhältnis von öffentlicher und nicht-öffentlicher Kommunikation in Jürgen Habermas' Demokratietheorie. In J. Knobloch (Hrsg.), *Staat und Geheimnis. Der Kampf um die (Un-)Sichtbarkeit der Macht* (Staatsverständnisse, Bd. 125, 1. Auflage, S. 115–140). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783845299952-115>
- Flößer, M. (2024, 6. März). Keine Lokalzeitung – mehr AfD. *Kontext:Wochenzeitung*, 675. Verfügbar unter: <https://www.kontextwochenzeitung.de/medien/675/keine-lokalzeitung-mehr-afd-9414.html>
- Flügel, D. (2022a). Thor von Waldstein: Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 91–98). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Flügel, D. (2022b). Überblick: Metapolitik. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 75–78). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.

- Forst, R. (2022). *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 1762, 4. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frahm, J. (2024, 14. Mai). STRG_F, Y-Kollektiv, funk: Bitte verkauft Gen Z nicht für dumm! *der Freitag*. Verfügbar unter: https://www.freitag.de/autoren/joscha-frahm/strg_f-y-kollektiv-funk-bitte-verkauft-gen-z-nicht-fuer-dumm
- Gäbler, B. (2017). *AfD und Medien – Analyse und Handreichungen. Ein Diskussionsbeitrag der Otto Brenner Stiftung*. Frankfurt.
- Gäbler, B. (2022). Rechtspopulismus und traditionelle Medien: Das Beispiel der AfD. In F. Decker, B. Henningsen, M. Lewandowsky & P. Adorf (Hrsg.), *Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus* (International studies on populism, Band 6, 1. Auflage, S. 501–516). Baden-Baden: Nomos.
- Gaus, D. & Müller-Teusler, S. (2023). Wer ist hier rechts?! Zugänge zur politischen Bildungs- und sozialen Präventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus. In S. Müller-Teusler & D. Gaus (Hrsg.), *Rechtsextremismus: erkennen – enthüllen – entgegnen* (1. Auflage, S. 7–17). Weinheim: Juventa Verlag.
- Glaß, C. & Magister, J. (2022). Akif Pirinçci: Deutschland von Sinnen/Umvolkung. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, 199-212). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft : mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 891, 1. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (Hrsg.). (1998a). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* (1. Auflage 1998). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1998b). Volkssouveränität als Verfahren. In J. Habermas (Hrsg.), *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats* (1. Auflage 1998). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, J. (2020). Moralischer Universalismus in Zeiten politischer Regression. Jürgen Habermas im Gespräch über die Gegenwart und sein Lebenswerk. *Leviathan*, 48(1), 7–28. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2020-1-7>
- Habermas, J. (2021). Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit. In M. Seeliger & S. Seignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37 | 2021* (1. Auflage, S. 470–500). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783748912187-470>
- Hartung, H. (2024). „Eine europäische Plattform ist keine Utopie mehr“. *ARTE hofft auf mehr EU-Fördermittel, um sein Programm ausbauen zu können*. Verfügbar unter: <https://www.medienpolitik.net/aktuelle-themen/eine-europaeische-plattform-ist-keine-utopie-mehr-535>. Zuletzt geprüft am 26.06.2024.
- Heimann, R. (2024, 7. März). Kolumne: Das Altpapier am 7. März 2024 – Mehr Licht? *MDR*. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/altpapier/das-altpapier-3564.html>
- Heinze, A.-S. & Lewandowsky, M. (2022). Arenen der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Erfahrungen aus Deutschland und den Niederlanden. In F. Decker, B. Henningsen, M. Lewandowsky & P. Adorf (Hrsg.), *Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus* (International studies on populism, Band 6, 1. Auflage, S. 555–574). Baden-Baden: Nomos.
- Heitmeyer, W., Freiheit, M. & Sitzer, P. (2020). *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II* (Edition Suhrkamp, Bd. 2748, Orig.-Ausg., 1. Aufl.). Berlin: Suhrkamp.

- Hillje, J. (2021). *Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten unsere Demokratie angreifen* (Vollständig überarbeitete Neuauflage). Bonn: Dietz. Verfügbar unter:
<https://ebookcentral.proquest.com/lib/ub-lmu/detail.action?docID=6710038>
- Hillje, J. (2022). *Das "Wir" der AfD*. Dissertation. Universität Kassel; Campus Verlag.
- Holtz-Bacha, C. (2022). Populismus und Medien – Medien und Populismus. In F. Decker, B. Henningsen, M. Lewandowsky & P. Adorf (Hrsg.), *Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus* (International studies on populism, Band 6, 1. Auflage, S. 451–464). Baden-Baden: Nomos.
- Honneth, A. (2020). *Pathologien der Vernunft. Geschichte und Gegenwart der Kritischen Theorie* (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 1835, Originalausgabe, 5. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hubert, C. C. (2022). Das Kommunikationsmodell von Marshall Rosenberg. In C. C. Hubert (Hrsg.), *Dialogkultur: Dialog sein - Dialog führen - dialogische Beziehungen* (S. 139–150). Wiesbaden: Springer Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37801-1_14
- Jarren, O. & Fischer, R. (2021). Die Plattformisierung von Öffentlichkeit und der Relevanzverlust des Journalismus als demokratische Herausforderung. In M. Seeliger & S. Seignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37 | 2021* (1. Auflage, S. 365–382). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
<https://doi.org/10.5771/9783748912187-365>
- Jaschke, H.-G. (2001). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe · Positionen · Praxisfelder* (2. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jonge, L. de. (2021). The Curious Case of Belgium: Why is There no Right-Wing Populism in Wallonia? *Government and Opposition*, 56(4), 598–614. <https://doi.org/10.1017/gov.2020.8>
- Jorek, T. (2022). Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltex-te der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 79–90). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Jugenheimer, A., Pereyra, C. & Schöbel, S. (2022). „Frauenrasse dominiert und wird bevorteilt an jeder ecke“ – Elemente rechtsextremer Diskursstrategien in der Online-Debatte über Abtreibungsrechte. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 21-2022), 159–179.
<https://doi.org/10.3224/zrex.v2i1.10>
- Kemper, A. (2022, 16. November). Beatrix von Storch und die TFP. Verfügbar unter:
<https://andreaskemper.org/2022/11/16/beatrix-von-storch-und-die-tfp/>
- Kister, K. (2024, 8. März). Streit um TV-Duell: Warum man Höcke nicht zu demaskieren braucht. *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/medien/afd-rechtsextremismus-bjoern-hoecke-fernsehdebatte-thueringen-landtagswahlen-1.6433333>
- Knappertsbusch, F. (2017). Funktionen von Feind- und Fremdbildkonstruktionen aus der Perspektive einer sprachpragmatischen Vorurteilskritik. In B. Milbradt, F. Biskamp, Y. Albrecht & L. Kiepe (Hrsg.), *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien* (S. 51–70). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Koopmann, C. & Balsler, M. (2024, 13. Mai). Verfassungsschutz: Was das AfD-Urteil in Münster bedeutet. *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-urteil-verfassungsschutz-ovg-muenster-1.7216993>
- Kubitschek, G. (2006). Provokation. *Sezession*, (12), 22–24. Verfügbar unter:
https://sezession.de/wp-content/uploads/2009/07/Kubitschek_Provokation.pdf
- Kubitschek, G. (2017). Selbstverharmlosung. *Sezession*, (76), 26–28. Verfügbar unter:
<https://sezession.de/wp-content/uploads/2018/10/Sez76-Selbstverharmlosung.pdf>
- Leidinger, C. & Rahner, J. (2023). (Queer-)feministische Perspektive(n). Antisemitismus als Ideologie in seiner Bedeutung im völkischen Autoritarismus und in der extremen Rechten. In S.

- Müller-Teusler & D. Gaus (Hrsg.), *Rechtsextremismus: erkennen – enthüllen – entgegen* (1. Auflage, S. 199–225). Weinheim: Juventa Verlag.
- Leo, P., Steinbeis, M. & Zorn, D.-P. (2017). *Mit Rechten reden. Ein Leitfaden* (1st ed.). München: Ciando. Verfügbar unter: <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=7028137>
- Magister, J. (2022). Carl Schmitt: Der Nomos der Erde. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltex-te der ‚Neuen Rechten‘: Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 119–136). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Martens, R. (2024a, 3. Januar). Kolumne: Das Altpapier am 3. Januar 2024 – Aktuelle und kommende Katastrophen. *MDR*. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/altpapier/das-altpapier-3466.html#sprung1>
- Martens, R. (2024b, 29. April). Die Stenographen des geistigen Bürgerkriegs. Kolumne: Das Altpapier am 29. April 2024. *MDR*. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/altpapier/das-altpapier-3634.html>
- Mayer, I. (2023, 7. November). AfD in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextremistisch eingestuft - das hat Folgen. *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-sachsen-anhalt-verfassungsschutz-rechtsextremismus-folgen-1.6299931>
- Mayer, I. (2024, 16. April). AfD-Politiker vor Gericht: Björn Höcke und die SA-Parole. *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/hoecke-afd-sa-e886210/>
- Meiering, D. (2022a). Politische Theorie(n) der ‚Neuen Rechten‘. Jenseits von Anomie und Antagonismus? In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltex-te der ‚Neuen Rechten‘: Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 1–28). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Meiering, D. (Hrsg.). (2022b). *Schlüsseltex-te der ‚Neuen Rechten‘: Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36453-3>
- Meiering, D. (2022c). Überblick: Biedermann und Brandstifter: Antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltex-te der ‚Neuen Rechten‘: Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 180–183). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Meiering, D. & Groß, R. (2022). Überblick: Was fällt, das muss man stoßen. Anschlüsse an die ‚Konservative Revolution‘. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltex-te der ‚Neuen Rechten‘: Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 31–35). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Meiler, O. (2024, 22. Mai). Die Allianz mit der AfD störte Marine Le Pen nur noch. Sie hat ein größeres Ziel. *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/europaparlament-afd-rassemblement-national-maximilian-krah-marine-le-pen-kommentar-1.7258442>
- Minkmar, N. (2024, 21. Januar). Dry January. *Der siebte Tag*. Verfügbar unter: <https://steadyhq.com/de/nminkmar/posts/d0c09663-4a51-47fe-bd46-f33b7090e885>
- Monitor, R. (2019, 20. September). „Selbstverharmlosung“: Die Medienstrategie der AfD. *wdr.de*. Verfügbar unter: <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd-selbstverharmlosung-100.html>
- Müller, H. & Nordheim, G. von. (2024). *Viel Kraft – wenig Biss. Wirtschaftsberichterstattung in ARD und ZDF*. Otto-Brenner-Stiftung. Verfügbar unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP67_wip_o_Berichterstattung.pdf

- Müller, P. (2022). Extrem rechte Influencer*innen auf Telegram: Normalisierungsstrategien in der Corona-Pandemie. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 2(1-2022), 91–109. <https://doi.org/10.3224/zrex.v2i1.06>
- Nachtwey, O. (2017). Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Gesellschaften. In H. Geiselberger (Hrsg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit* (Edition Suhrkamp, 2. Auflage, Sonderdruck, Originalausgabe, S. 215–231). Berlin: Suhrkamp.
- Neff, B. (2018, 8. Mai). Alice Weidel: «Unser ambitioniertes Fernziel ist es, dass die Deutschen irgendwann AfD und nicht ARD schauen.» *Neue Zürcher Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/international/jedes-afd-mitglied-ist-ein-social-media-soldat-ld.1384297>
- Neue Deutsche Medienmacher*innen. (2024, 22. Januar). *Das Problem heißt Rechtsextremismus und nicht Migration. Wie kritischer Journalismus über Rechtsextremismus gelingen kann*. Verfügbar unter: <https://neuemedienmacher.de/aktuelles/beitrag/wie-kritischer-journalismus-ueber-rechtsextremismus-gelingen-kann/>. Zuletzt geprüft am 16.03.2024.
- Nida-Rümelin, J. (2024, 25. Januar). Sind wir noch zu retten? *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/kultur/afd-julian-nida-ruemelin-verbotsverfahren-e813166/>
- Papakyriakopoulos, O., Serrano, J. C. M. & Hegelich, S. (2020). Political communication on social media: A tale of hyperactive users and bias in recommender systems. *Online Social Networks and Media*, 15, 100058. <https://doi.org/10.1016/j.osnem.2019.100058>
- Peters, B. (2001). Deliberative Öffentlichkeit. In L. Wingert & K. Günther (Hrsg.), *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 1533, 1. Aufl., S. 655–677). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pfahl-Traughber, A. (2019). *Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse Zu Diskursthemem und Positionen* (essentials). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. Verfügbar unter: <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=5928972>
- Pfahl-Traughber, A. (2023). Die politische Ideologie der Neuen Rechten in kritischer Prüfung. Eine Analyse anhand der Fallbeispiele Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann. In S. Müller-Teusler & D. Gaus (Hrsg.), *Rechtsextremismus: erkennen – enthüllen – entgegen* (1. Auflage, S. 48–72). Weinheim: Juventa Verlag.
- Pfeiffer, T. (2016). Gegenöffentlichkeit und Aufbruch im Netz. Welche strategischen Funktionen erfüllen Websites und Angebote im Web 2.0 für den deutschen Rechtsextremismus? In S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten* (SpringerLink Bücher, 2., aktualisierte und erweiterte Aufl. 2016, S. 259–283). Wiesbaden: Springer VS.
- Pörksen, B. & Schulz von Thun, F. (2020). *Die Kunst des Miteinander-Redens. Über den Dialog in Gesellschaft und Politik*. München: Carl Hanser Verlag.
- Rabe, J.-C. (2024, 25. Januar). Steffen Mau und Hartmut Rosa über die gespaltene Gesellschaft. *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/steffen-mau-hartmut-rosa-afd-1.6338787>
- Reis, O. (2022). Rechtspopulismus – einige sozialpsychologische Anmerkungen. In F. Decker, B. Henningsen, M. Lewandowsky & P. Adorf (Hrsg.), *Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus* (International studies on populism, Band 6, 1. Auflage, 611-628). Baden-Baden: Nomos.
- Report Mainz. (2024, 22. Mai). *Braune Burschenschaften - Das rechtsextreme Netzwerk der AfD / ARD Mediathek*, ARD.de. Verfügbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/das-rechtsextreme-netzwerk-der-afd/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgzbzlwNDk0OTQ>. Zuletzt geprüft am 22.05.2024.

- Ringle, A. (2022, 9. Juni). WDR-Chef Tom Buhrow: "Wollen ganz Junge noch stärker erreichen". *HORIZONT online/dpa*. Verfügbar unter: <https://www.horizont.net/medien/nachrichten/wdr-chef-tom-buhrow-wollen-ganz-junge-noch-staerker-erreichen-200500>
- Rosa, H. (2023). *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung* (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 2272, 7. Auflage). Berlin: Suhrkamp.
- Rücker, M. (2024, 20. Februar). Warum die AfD kein Recht auf ein Zeitungsinterview hat, im TV-Duell aber vertreten sein muss. *RiffReporter*. Verfügbar unter: <https://www.riffreporter.de/de/gesellschaft/medien-interviews-afd-compact-rechtsextrem-wahlkampf-tvduell-kiosk>
- Ruppert-Karakas, S. (2024). Die Politik des Zorns. Wie die Vordenker der Neuen Rechten den Umsturz vorbereiten. *Blätter*, 5, 89–98. Verfügbar unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/mai/die-politik-des-zorns>
- Schayani, I. & Wilms, M. (Autor), 06.06.2024. *Deutschland am Limit? Abschiebung, Abschottung, Asyl*, WDR. Verfügbar unter: <https://www.ardmediathek.de/video/story/deutschland-am-limit/wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmlEtN2U4YzYzODctODYxNC00MDI3LWlyZGQtNWUzMTkzYTkyYTc2>
- Schnabel, D. & Berendsen, E. (2024). *Das TikTok-Universum der (extremen) Rechten. Trends, Strategien und Ästhetik in der Social Media-Kommunikation*. Verfügbar unter: https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Weiteres_P%C3%A4dagogisches_Material/BSAF_Report_Das_TikTok_Universum_der_extremen_Rechten-V2.pdf
- Schrupp, A. (2024, 11. September). *Ich bin ratlos wegen der medialen Aufregung über Alice Weidels Sommerinterview*, Facebook. Verfügbar unter: https://www.facebook.com/antjeschrupp/posts/pfbid02m6ostWlgSjsXJYYmi9Fw4iEBigMPmbVF LXHxbkxJ2sNQy23EHW7dnPtpJ51KwzQl?_rdr. Zuletzt geprüft am 05.06.2024.
- Schüle, C. (Autor), 24.10.2023. *Nachtstudio: Demokratie der Stimmen*, Bayern 2. Verfügbar unter: <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/nachtstudio/demokratie-der-stimmen-eine-hommage-an-das-hoeren-100.html>
- Schutzbach, F. (2018). *Die Rhetorik der Rechten. Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick: aus aktuellem Anlass* (Edition Xanthippe, 1. Auflage). Zürich: Xanthippe. Verfügbar unter: <https://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=270493>
- Schwaiger, L. (2022). *Gegen die Öffentlichkeit. Alternative Nachrichtenmedien im deutschsprachigen Raum*. [S.l.]: transcript Verlag.
- Schwaiger, L. & Eisenegger, M. (2021). Die Rahmung von Wahrheit und Lüge in Online-Gegenöffentlichkeiten – Eine netzwerkanalytische Untersuchung auf Twitter. In C. Schicha, I. Stapf & S. Sell (Hrsg.), *Medien und Wahrheit* (S. 359–376). Nomos Verlag. <https://doi.org/10.5771/9783748923190-359>
- Seeliger, M. & Seignani, S. (2021). Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie. Ein neuer Strukturwandel? In M. Seeliger & S. Seignani (Hrsg.), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37 | 2021* (1. Auflage, S. 9–40). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783748912187-9>
- Sellner, M. (2019a). *Solidarität, Metapolitik, Hoffnung - Sezession im Netz*. Verfügbar unter: <https://sezession.de/61209/solidaritaet-metapolitik-hoffnung>. Zuletzt geprüft am 05.06.2024.
- Sellner, M. (2019b). *Was fehlt: ein neurechtes Kontinuum - Sezession im Netz*. Verfügbar unter: <https://sezession.de/60814/was-fehlt-das-neurechte-kontinuum>. Zuletzt geprüft am 05.06.2024.

- Sellner, M. (2021, 25. Oktober). *Der Verrat der Intellektuellen und die Gegenuni - Sezession im Netz*, 2021. Verfügbar unter: <https://sezession.de/64898/der-verrat-der-intellektuellen-und-die-gegenuni>. Zuletzt geprüft am 05.06.2024.
- Sellner, M. (2023). *Regime Change von rechts. Eine strategische Skizze* (4., überarbeitete Auflage). Schnellroda: Verlag Antaios.
- SimilarWeb. (2024). *Website Analysis & Competitive Intelligence*. Verfügbar unter: <https://www.similarweb.com/de/>. Zuletzt geprüft am 09.06.2024.
- Sowa, S. (2024, 8. März). Hape Kerkeling über die AfD: "So riskant war die Situation noch nie". *t-online*. Verfügbar unter: https://www.t-online.de/unterhaltung/stars/id_100359834/hape-kerkeling-ueber-die-afd-so-riskant-war-die-situation-noch-nie.html
- Swiderski, C. (2023). Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen – Metaphorische Animalisierungen und antisemitische Haustier-Verordnungen. In C. Swiderski (Hrsg.), *Der Mensch spiegelt sich im Blick der Tiere. Auflösung und Neudefinition des Menschen in der Exilliteratur* (Exil-Kulturen, Band 9, Bd. 9, S. 99–116). Berlin: J.B. Metzler. https://doi.org/10.1007/978-3-662-67629-5_7
- Torgovnik, A. & Meiering, D. (2022). Jack Donovan: Becoming a Barbarian. In D. Meiering (Hrsg.), *Schlüsseltex-te der ‚Neuen Rechten‘. Kritische Analysen antidemokratischen Denkens* (Edition Rechtsextremismus, 1st ed. 2022, S. 309–320). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Tottmann, B. (2022). Strategisches Framing bei Björn Höcke – wie ein rechtsextremer Politiker den Rahmen sprengt. *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 21(2022), 128–140. <https://doi.org/10.3224/zrex.v2i1.08>
- Van Dyk, S. (2021). Die Krise der Faktizität und die Zukunft der Demokratie. Strukturwandel der Öffentlichkeit in Zeiten von Fake News, Technokratie und Wahrheitskritik. In *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (S. 68–90).
- Virchow, F. & Häusler, A. (2022). Begriffliche Einordnung. Rechtsextremismus - Rechtsradikalismus - extreme Rechte - Faschismus - Neonazismus - Neue Rechte - Rechtspopulismus. In C. Gille, B. Jagusch & Y. Chehata (Hrsg.), *Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen - Arbeitsfelder - Handlungsmöglichkeiten* (Diversität in der Sozialen Arbeit, 1. Auflage, S. 38–48). Weinheim: Beltz Juventa.
- Watzinger, L. (2022). *Transparenz. Herausforderung für Demokratie und Privatheit* (Blaue Reihe, 1. Auflage). Hamburg: Meiner, F.
- Weiß, V. (2017). *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wendelin, M. (2020). Transparenz als kommunikationswissenschaftliche Kategorie – Relevanz, Ambivalenz und soziale Effekte. Eine öffentlichkeitstheoretische Einordnung. *Publizistik*, 65(1), 21–40. <https://doi.org/10.1007/s11616-019-00556-5>
- Wingert, L. & Günther, K. (Hrsg.). (2001). *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Festschrift für Jürgen Habermas* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 1533, 1. Aufl.). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Wodak, R. (2020). *Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse* (2. Auflage, völlig neu bearbeitet). Wien, Hamburg: Edition Konturen.
- Zekri, S. (2024, 12. Mai). Die „Alternative Buchmesse“ in Berlin ist ein Treff von AfD und Rechtsextremen. *Süddeutsche Zeitung*. Verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/alternative-buchmesse-afd-rechtsextreme-1.7183011>
- Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (2. korr. Auflage). Bonn: Dietz, J H.